

Eine ungeliebte Revolution. Die Revolution von 1918/1919 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern¹

Werner Bramke

Lohnt es, an eine Revolution zu erinnern, die aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend verschwunden ist? Haben nicht auch die Fachleute ihr Desinteresse in den letzten zwanzig Jahren bekundet, indem sie kaum Neues zu Tage förderten und sich, wenn überhaupt, dann zumeist nur im Zusammenhang mit anderen Themen über die deutsche Revolution von 1918/1919 äußerten? Das mögen sich historisch interessierte Leser fragen, ganz besonders in Leipzig, wo man sich intensiv auf die Würdigung der „Friedlichen Revolution“ vor 20 Jahren vorbereitet. Und vielleicht noch denken: Wenn schon eine Brücke geschlagen werden soll von einer weiter zurückliegenden Revolution zum Herbst 1989, dann zu der von 1848. Denn das damalige Aufbegehren der Leipziger und der Bürger in anderen sächsischen Städten und nicht zuletzt von Robert Blum, der zum Symbol der europäischen Dimension der unglücklich verlaufenen Revolution von 1848/1849 wurde, wäre dem der Bürgerbewegungen in den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts nicht unähnlich gewesen. Der Aufbruch im Herbst 1989 habe schließlich den Aufbruch der Bürger im 19. Jahrhundert zum guten Ende geführt, zur Freiheit auch für die Ostdeutschen und zur Einheit für ganz Deutschland.

In der Revolution von 1918/1919, so mag weiter gedacht werden, hat Leipzig – das geht jedenfalls aus Standardwerken hervor – keine aufsehenerregende Rolle gespielt. Selbst wer sich an Darstellungen in der DDR erinnert, wird in den Überblickswerken zur Geschichte der Arbeiterbewegung sowie in den regionalen und lokalen Darstellungen über die Novemberrevolution in Deutschland keine besondere Hervorhebung der Vorgänge in Sachsen – etwa im Vergleich zu Berlin oder München – finden.

Die beachtlichen Forschungen zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Sachsen, die seit der Vereinigung von 1990 vorgelegt wurden,² haben dieses Bild

1 Der Aufsatz bildet das erste Kapitel eines Buchprojektes zum Thema „Die Revolution von 1918/19 über Leipzig“ (Arbeitstitel). Daher erfolgen mehrfach Bezüge zu Sachsen und speziell Leipzig. Das Buch wird 2009 im Leipziger Universitätsverlag erscheinen.

2 Initiiert wurden die Forschungen zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Mitteldeutschland durch den Sammelband: Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph (Hrsg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993. Hervorzuheben sind weiter: Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871-1923), Weimar-Köln-Wien 1995; Frank Heidenreich: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933, Weimar-Köln-Wien 1995; Thomas Adam/Michael Rudloff unter Mitarbeit von Jürgen Schlimper: Leipzig – Wiege der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1996; Mike Schmeitzner/Michael Rudloff:

nicht wesentlich verändert. Sie lieferten wichtige Details zum Gang der Revolution von 1918/1919, hatten aber diese, mit Ausnahme der Magisterarbeit von Silvio Reisinger,³ nicht in ihrer Gesamtheit im Blickfeld. Diese Arbeiten erreichten nur einen beschränkten Kreis von Wissenschaftlern und an der Parteipolitik Interessierten, schon weil das Thema Geschichte der Arbeiterbewegung ein in der Forschung arg vernachlässigter Gegenstand in Deutschland geworden ist. Das gilt selbst für die Untersuchungen von Karsten Rudolph und Jesko Vogel, obwohl diese zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Entwicklung der demokratischen Bewegung in Mitteldeutschland einen beträchtlichen Erkenntnisgewinn einbrachten.

Es ist kaum zu bezweifeln: Die Vereinigung von 1990 ist der historischen Forschung und deren Vermittlung in der Öffentlichkeit auf manchem wichtigen Gebiet der deutschen Geschichte nicht gut bekommen. Auf die Novemberrevolution⁴ bezogen und gleichzeitig ein generelles Forschungsproblem anmahmend, hat dies mit seltener Direktheit Reinhard Rürup schon 1993 beklagt. Er hatte erwartet, dass es jetzt zum Vergleichen von Novemberrevolution und „Friedlicher Revolution“ – Rürup bejaht diesen Terminus mit einer gewissen Vorsicht – kommen werde.⁵ Ein halbes Jahr früher hatte ich einen solchen Vergleich angeregt und einen Ansatz dafür vorgestellt.⁶ Auf dieses Problem wird noch zurückzukommen sein. Zunächst jedoch ist festzustellen: Das Forschungsinteresse an der Revolution von 1918/19 hat schon deutlich vor der Wiedervereinigung nachgelassen. Ulrich Kluge konnte bereits 1985 in seiner Gesamtdarstellung zur

Geschichte der Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag. Darstellung und Dokumentation 1877-1997, Dresden 1997; Thomas Adam: Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig 1871-1933, Weimar-Köln-Wien 1999; Jesko Vogel: Der sozialdemokratische Parteibezirk Leipzig in der Weimarer Republik. Sachsens demokratische Tradition, Hamburg 2006; Carsten Voigt: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen (1924-1933), Diss., Leipzig 2008. (Eine Veröffentlichung Letzterer wird vorbereitet.)

3 Silvio Reisinger: Leipzig in der Revolution 1918/19, unveröffentlichte Magisterarbeit, Leipzig 1998.

4 Die Revolution wurde lange Zeit als Novemberrevolution bezeichnet, weil der Sturz der Monarchie als das Entscheidende galt. In der westdeutschen Forschung setzte sich bald der heute vorherrschende Terminus Revolution 1918/1919 durch, weil die Gründung der Weimarer Republik und die Kämpfe bis wenigstens Mai 1919 als zur Revolution gehörig betrachtet wurden und wohl auch, weil die DDR am Begriff der Novemberrevolution festhielt.

5 Siehe Reinhard Rürup: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte. Vortrag vor dem Gesprächskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 4. November 1993, Bonn-Bad Godesberg 1993, S.18-20.

6 Siehe Werner Bramke: Ungleiches im Vergleich. Revolution und Gegenrevolution in den deutschen Revolutionen von 1918/19 und 1989, in: Matthias Middell in Zusammenarbeit mit Roger Depuy und Thomas Höpel (Hrsg.): Widerstände gegen Revolutionen 1789-1919, Leipzig 1994, S.263-279. Hierbei handelt es sich um den Redebeitrag auf einem Kolloquium, das im März 1993 in Leipzig stattgefunden hatte.

Novemberrevolution seit Längerem kaum noch Neues in den Forschungen zu dieser Revolution entdecken, und zwar weder in der westdeutschen noch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, wobei er in letzterer noch weniger Bewegung sah.⁷

Im Jubiläumsjahr 1988 schien noch einmal in zweierlei Hinsicht eine gewisse positive Unruhe in die fast eingeschlafene Diskussion um diese Revolution zu kommen: In der DDR erschienen zum 70. Jahrestag der Novemberrevolution mehrere Beiträge, die veränderte Akzentuierungen gegenüber der bisherigen, von der Parteiführung verordneten oder abgeseigneten Linie erkennen ließen.⁸ Weil es in diesen Darstellungen immer auch um die KPD und damit um die eigene Parteitradition ging, darf angenommen werden, die neue Offenheit war von den Parteioberen als Signal im Entspannungsprozess der Achtzigerjahre gewünscht oder wenigstens nicht behindert worden. In den von mir zusammen mit Ulrich Heß geschriebenen Beitrag jedenfalls hat es kein Hineinreden gegeben, obwohl der Aufsatz in der zentralen und damit offiziellen geschichtswissenschaftlichen Zeitschrift erschien. Dessen Erscheinen ohne irgendwelche Auflagen wurde gewiss auch durch die Empfehlung vom unlängst verstorbenen Wolfgang Ruge, der in Fachkreisen der DDR großes Ansehen genoss, ermöglicht.

Der Zwang zur Entspannung in den Außenbeziehungen und der Druck von Glasnost im Inneren hatte schon seit Jahren (noch vor Gorbatschow und vor der Kenntnis des Begriffs im politischen Sprachgebrauch) eine gewisse Entkrampfung im deutsch-deutschen wissenschaftlichen Meinungsstreit bewirkt. Das betraf insbesondere der Politik nahe Forschungsfelder wie die Revolutionsgeschichte und die Widerstandsforschung. So gab es 1988 keine Probleme, Heinrich August Winkler zu einem Vortrag über die deutsche Revolution von 1918/1919 an die Karl-Marx-Universität Leipzig einzuladen. Auch erfolgten keine Auflagen für die Veranstaltung selbst, am öffentlichen Vortrag und an der Diskussion nahmen interessierte Wissenschaftler und Studenten nach ihrem Gusto teil. Der Vortrag erschien wenig später in der „Historischen Zeitschrift“,⁹ dem traditionsreichsten geschichtswissenschaftlichen Periodikum. Winkler und ich hofften auf neue Impulse für die Forschung und die Intensivierung des deutsch-deutschen Dialogs. Wir ahnten nicht, dass das Erscheinen unserer Aufsätze in der für die von uns vertretenen Staaten jeweils wichtigsten Geschichts-

7 Siehe Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt/Main 1985, S.30, 36.

8 Siehe Jürgen John: Das Bild der Novemberrevolution 1918 in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR, in: Heinrich August Winkler: Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S.43-84, hier S.82f. Zu den von der vorgegebenen Linie abweichenden Publikationen rechnete John auch den von mir und Ulrich Heß verfassten Aufsatz: Die Novemberrevolution in Deutschland und ihre Wirkung auf die deutsche Klassengesellschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 36 (1988), H. 12, S.1059-1073.

9 Heinrich August Winkler: Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift (HZ) 250 (1990), S.300-319.

zeitschrift das Ende der deutsch-deutschen Diskussion über die Revolution von 1918/1919 bedeutete.

Die Ursachen für das allmählich nachlassende Interesse an dieser Revolution sieht Rürup in der Entwicklung der Forschungen selbst und dabei besonders in der Veränderung der methodischen Ansätze.

Die Ende der Fünfzigerjahre des 20. Jahrhunderts verstärkte Hinwendung zur sozialgeschichtlichen Methode und in diesem Zusammenhang zur Geschichte der Arbeiterbewegung hatte in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung zu bemerkenswerten Veränderungen in der Sicht auf die Revolution von 1918/19 geführt. Wurde bis dahin von einer ernsten Bedrohung des Durchbruchs zur Demokratie 1918 durch bolschewistisch-spartakistische Kräfte ausgegangen, erbrachten wichtige Forschungen zu den Räten vor allem durch Eberhard Kolb¹⁰ und Peter von Oertzen¹¹ die Erkenntnis, eine reale bolschewistische Bedrohung habe nicht bestanden. Die Rätebewegung wurde nun als wichtige, teilweise als entscheidende Kraft für die Etablierung der neuen Demokratie anerkannt. Der Siegeszug der Sozialgeschichte, so Rürup, machte diese und deren theoretische Fundierung zur herrschenden Lehre.¹² Herrschende Lehren führen aber irgendwann zur Erstarrung beziehungsweise zur Erschlaffung. Als seit dem Ende der Siebzigerjahre die Alltags- und die Frauengeschichte verbreitetes Interesse bei Forschern und in der Öffentlichkeit fanden, traten die wichtigsten Themen der Sozialgeschichte im Verlauf der Achtzigerjahre in den Hintergrund.

Eine solche Argumentation hat Plausibilität für sich. Denn gerade die Alltagsgeschichte und die gleichfalls im Vormarsch befindliche Mentalitätsgeschichte nahmen die „kleinen Leute“, was auch heißt, kleine Gruppen und Individuen, ins Visier. Gleiches gilt für die Kulturgeschichte, die seit den Neunzigerjahren, in gewisser Hinsicht zum Missvergnügen vieler Sozialhistoriker, ein neuer Trendsetter wurde. Staatsaktionen erschienen aus der Perspektive dieser methodischen Schulen für viele Forscher nicht mehr „in“ zu sein.

Aber eine solche Erklärung lässt manches offen. So darf man etwas salopp formulieren: Die Revolution war ja keine Staatsaktion, sondern ein Aufruhr gegen den Staat, getragen gerade von den „kleinen Leuten“! Hier äußerte sich massenhaft ein neues Selbstbewusstsein, das eine neue politische Kultur begründete. Dem intensiver nachzugehen hätte ein lohnendes Ziel sein können. Es hätte z. B. nahe gelegen zu untersuchen, wie die Frauen zur Revolution gestanden haben. Das geschah nicht. Die Untersuchungen zur sozialen Lage der Frauen im Krieg und in den unruhigen Zeiten von Revolution und früher Republik nehmen die Frauen zumeist nicht als Akteure, sondern als von den Wirren Betroffene wahr.

Nachdenklich stimmt weiter, dass im Aufstieg der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik zu wissenschaftlichen Teildisziplinen mit großer öffentlicher

10 Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962.

11 Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963.

12 Siehe Rürup, Revolution von 1918/19, S.16f.

Beachtung gerade seit der Vereinigung die Revolution von 1918/1919 wie eine arme Waise behandelt wird. Die Leser werden sich erinnern, wie in den zurückliegenden Jahren relativ oft in den Medien vom 9. November in der deutschen Geschichte die Rede gewesen ist. Besondere Beachtung fanden die Pogrom-Nacht vom 9. November 1938 als negativer Fixpunkt und als Contra-Diktion dazu der Fall der Mauer am 9. November 1989, mit dem der Weg in die Freiheit unumkehrbar gemacht worden sei. Selbst Hitlers Bierkeller-Putsch am 9. November 1923 ist seit geraumer Zeit häufiger im öffentlichen Gespräch als der Durchbruch zur Demokratie am 9. November 1918.¹³ Dabei hat das Geschehen, das mit den anderen drei Erinnerungspunkten verbunden ist, eine innere Beziehung zu den Novemberereignissen von 1918. Hitlers Coup 1923 wurde möglich, weil 1918/1919 den schlimmsten Feinden der Republik zu viel Spielraum gegeben wurde. Was diese nutzten, um schließlich die Weimarer Demokratie zu beseitigen und später zur Vernichtung der deutschen und europäischen Juden überzugehen, wofür das Pogrom von 1938 das Signalzeichen darstellte. Diese drei Stationen markierten keinen zwangsläufig zu begehenden Weg, aber ihre Zusammenhänge sind unübersehbar.

Die Entscheidungen der Besatzungsmächte und die Politiker in den beiden Teilen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg trugen diesen Zusammenhängen auf unterschiedliche Weise Rechnung. Der Kalte Krieg bewirkte jedoch eine Wiederbelebung der Konflikte, welche die Gesellschaft schon 1918 gespalten hatten. Mit dem Fall der zweiten deutsche Diktatur schien aber dieser Weg der Spaltung endgültig überwunden zu sein. Dies war jedenfalls die Meinung der weitaus meisten Menschen 1990 und dürfte auch heute, trotz vieler Ernüchterung, von der Mehrzahl der Menschen in Deutschland so gesehen werden.

Gerade deshalb hätte es sich aufgedrängt, die Revolution von 1918/19 und den Umbruch von 1989/90¹⁴ miteinander zu vergleichen, was Rürup und ich erwartet hatten. Ich hatte darauf verwiesen, dass beide autoritäre Systeme nicht mehr in der Lage gewesen seien, trotz weitgehender Kenntnis der Krisensymptome diese zu beseitigen. 1918 wie 1989 habe dann eine spontane Massenbewegung

13 Ein gewisses Gegengewicht bildeten Veranstaltungen, vor allem vom DGB organisiert, zu sogenannten runden Jahrestagen der Revolution von 1918/1919, um die Aktualität der damaligen Kämpfe für die Bewältigung der heutigen Probleme zu zeigen.

14 Der Begriff „Umbruch“ wird hier deshalb verwendet, weil es unter Historikern Vorbehalte oder jedenfalls Unsicherheiten gibt, ob die Ereignisse von 1989/1990 als „Revolution“ zu bezeichnen sind. Ich teile die Ansicht Rürups, dass es dafür, aber auch dagegen stichhaltige Argumente gibt. Die Bezeichnung „Umbruch“ bedeutet schon vom Sprachlichen her eine geringere Intensität der Veränderung: Die Verhältnisse werden nicht umgewälzt. Der nicht selten gebrauchte Begriff „Implosion“ wird der Tatsache nicht gerecht, dass Massen daran beteiligt waren, das alte System zum Einsturz zu bringen. Eine ähnliche Abwertung nahm auch Rosa Luxemburg bei der Novemberrevolution 1918 vor. Sie bezeichnete den 9. November „zu drei Vierteln mehr Zusammenbruch des bestehenden Imperialismus als Sieg eines neuen Prinzips“. Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (30. Dezember 1918-1. Januar 1919), Berlin 1972, S.205.

die autoritäre Herrschaft zum Rücktritt gezwungen, bevor organisierte und zentral agierende Kräfte das Ruder übernahmen.¹⁵ Der Vergleich von Monarchie und SED-Herrschaft in dieser Phase ihres Bestehens erschien mir vor allem deshalb zweckmäßig, weil beide Machtsysteme in ihrer Endphase dem spontanen Ausbruch der Massen sogar eine gewisse Legalität gewähren mussten. Dafür waren die Voraussetzungen zwar unterschiedlich gewesen. Für die Monarchie waren es die sich abzeichnende Niederlage im Krieg und die Versorgungsnöte, die zu einer beschränkten Parlamentarisierung und damit zu einem erweiterten Spielraum für die Parteien führten. Die DDR-Macht versuchte, den Mangel an politischer Freiheit und die ökonomische Überforderung im Rahmen eines kollabierenden sozialistischen Lagers durch einige Lockerungen der politischen Kontrolle und durch eine Intensivierung des Warenverkehrs mit dem westlichen Ausland zu kompensieren. In beiden Systemen führten diese Maßnahmen aber zur Destabilisierung der Macht. So konnten sowohl 1918 wie 1989 die Protestbewegungen in kurzer Zeit und bei erstaunlich geringem Widerstand für stabil gehaltene Machtapparate zur Kapitulation zwingen. Dieser durch die Massenproteste schnell errungene Sieg habe aber die Akteure zur Überschätzung ihres Erfolges verführt, sodass sie bald das Heft des Handelns verloren.

Rürup sieht zwar von einem direkten Vergleich von Monarchie und DDR-Herrschaft ab, kommt aber sonst zu einer ähnlichen Sicht.¹⁶ Er verweist zudem auf das Fehlen von Räten oder vergleichbaren Organisationen 1989, weil dafür in der DDR die Voraussetzungen, die freien Organisationen der Arbeiterbewegung, gefehlt hatten. So sei ein Vakuum entstanden, welches die spontane Massenbewegung nicht füllen konnte. Dieses Machtvakuum hätten die Blockparteien genutzt, „die eine ebenso unverhoffte wie unverdiente Chance erhielten“.¹⁷ Diese Schlussfolgerung ist wenigstens fragwürdig. Es war das Eingreifen der Bundesrepublik in nahezu alle Bereiche der Gesellschaft der DDR, das die Einwicklung ab Januar 1990 bestimmte. Sie konnte sich dabei der Zustimmung der meisten Menschen in Ostdeutschland sicher sein.

Vergleiche dieser Art wie Anfang der Neunzigerjahre blieben die Ausnahmen, später wurden sie gar nicht mehr versucht.

So liegt die Schlussfolgerung nahe, es müssen politische Gründe gewesen sein, die ein Nachlassen des Forschungsinteresses und ein mit der Vereinigung geradezu abruptes Ende in der Beschäftigung mit der Novemberrevolution bewirkten.

Auf Geschichtsschreibung wirkt immer Politik ein. Auch auf die künftigen Historiker werden politische Gespräche im Elternhaus, in der Schule sowie eigene Lektüre und, wie heute, vielleicht am stärksten die Massenmedien Einfluss ausüben. Später kommt das eigene Erleben und nicht selten Erleiden von aktueller Politik hinzu. Der für unser Thema so wichtige Historiker Arthur Rosenberg

15 Siehe Bramke, Ungleiches im Vergleich, S.270f.

16 Siehe Rürup, Revolution von 1918/19, S.18f.

17 Ebenda, S.19.

steht beispielhaft für Letzteres. Aber auch Politiker werden durch den Bildungsgang und den Gang der Geschichte selbst wenn nicht vorgeprägt, so doch beeinflusst – sofern es ihnen nicht nur um die Karriere geht. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen alle Menschen in Deutschland, die irgendwie mit dem politischen Geschäft verbunden waren, sich nahezu zwanghaft verpflichtet, sich mit der jüngsten Geschichte des eigenen Landes auseinanderzusetzen. Das betraf ganz besonders die Entstehung und das Scheitern der Weimarer Republik sowie den Absturz in den Nationalsozialismus.

In Westdeutschland waren die Väter des Grundgesetzes in ihrer Arbeit bemüht, Fehler in der Weimarer Verfassung, die nach ihrer Meinung das Scheitern der ersten deutschen Republik begünstigt hatten, zu vermeiden. In dieser Verfassung wurden die Eckpunkte für die repräsentative, wehrhafte Demokratie¹⁸ gesetzt. Die meisten Arbeiten der bundesdeutschen Historiker über die neueste deutsche Geschichte spiegeln diese Intention des Grundgesetzes wider, auch in der Bejahung der Fünf-Prozent-Klausel oder in der Skepsis gegenüber Volksbefragungen.

In Ostdeutschland diente die Auseinandersetzung mit der Novemberrevolution leitmotivisch für den Entwurf des anderen deutschen Staates. Das Buch Otto Grotewohls „Dreißig Jahre später“¹⁹ steht dafür. Der Verzicht auf die Sozialisierung der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen und auf die Rätenschaft nach russischem Vorbild galten der SED-Führung als die schwerwiegendsten Mängel der Novemberrevolution. Diese Fehler seien auf das Fehlen einer einheitlichen Arbeiterpartei zurückzuführen. Als diese und damit als legitime Erbin der besten revolutionären Kräfte in der Revolution sah sich die SED. Die Lehre von der Einheit der Arbeiterklasse wurde zur verpflichtenden Grundlage für die Arbeit aller Historiker, die sich mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts befassten.

In beiden Teilen Deutschlands hatte die Auseinandersetzung mit der Revolution von 1918/1919 und mit der Weimarer Republik auch immer eine legitimatorische Funktion. Das galt für die Zeit der Staatsgründungen umso mehr, als deren Promotoren auf den Gang der Geschichte in den zurückliegenden drei Jahrzehnten gewissen Einfluss genommen hatten. In Ost und in West steckten aber die Besatzungsmächte den Rahmen für die grundsätzliche Ausrichtung und damit auch für die Arbeit an den Verfassungen ab. Dabei schreckten auch die Westmächte in ihrer Kontrollfunktion nicht vor direkten Eingriffen zurück. Der Spielraum für die Staatsgründer im Westen war jedoch erheblich größer als der für ihre nunmehrigen Gegner im Osten. Ob das für die direkte Arbeit an den Verfassungen gilt, ist bis heute nicht wirklich geklärt. Die Untersuchung von Johannes Frakowiak über die Ausarbeitung der sächsischen Landesverfassung lässt beträchtlichen Spielraum auch für die daran beteiligten Vertreter der bürger-

18 Siehe John, *Bild der Novemberrevolution*, S.46f.

19 Otto Grotewohl: *Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1948.

lichen Parteien (die damals diese Bezeichnung noch verdienten) erkennen.²⁰ Erst mit dem voll einsetzenden Kalten Krieg 1948 wurde die Herrschaft der SED und in dieser die Dominanz der Kommunisten durchgesetzt, auch bei der Entwicklung eines verbindlichen Geschichtsbildes.

Der Kalte Krieg beeinflusste auch die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Westdeutschland, zumindest was die Zeitgeschichte betraf. Das Bild, das die Historiker von der Revolution von 1918/1919 entwarfen, war wesentlich von der Annahme geprägt, damals sei der Kampf um Demokratie oder einen diktatorischen Sozialismus ausgetragen worden. Das suggerierte eine Vorwegnahme von Zuständen, die nun das geteilte Deutschland kennzeichneten. Diese vorherrschende Sicht wurde erst Ende der Fünfzigerjahre mit der Hinwendung zur Geschichte der Arbeiterbewegung und mit dem Siegeszug der sozialgeschichtlichen Methode erschüttert. Die in diesem Rahmen betriebenen Forschungen fanden starke öffentliche Beachtung. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass wachsendes Unbehagen an restaurativen Zügen in der Politik und in der Gesellschaft diesen Forschungen den Boden bereiteten. Die in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzenden Untersuchungen von Eberhard Kolb²¹ und Peter von Oertzen²² über die Räte in der Novemberrevolution ließen die Revolution insgesamt in einem positiveren Lichte erscheinen als bisher. Das förderte aber auch ein Nachdenken über demokratische Alternativen in der Gegenwart, also in den Sechzigerjahren.

Die neu gewonnenen Positionen erhielten in den folgenden zwei Jahrzehnten in weiteren Arbeiten ihre Bestätigung. Die sozialgeschichtliche Arbeitsweise war, wie Rürup konstatiert, zur herrschenden Lehre geworden. Die von ihm gesehene, damit zusammenhängende Stagnation zeigte sich schon in der ersten Hälfte der Achtzigerjahre, wie Kluge angemerkt hatte. Damit einher ging eine wieder skeptischere Beurteilung der Revolution von 1918/1919 auch bei Wissenschaftlern, die sich große Verdienste bei der Erforschung der Arbeiterbewegung und dieser Revolution erworben hatten. Heinrich August Winkler sah 1984 im Räte-system keine taugliche Alternative zum Parlamentarismus. Auf einem Symposium 2002 in Leipzig bezeichnete er Revolutionen als unzeitgemäß. Durch sie würden die komplexen Zusammenhänge moderner Industriegesellschaften zerrissen werden.²³

In der DDR gab es weniger Spielraum für eine öffentliche kontroverse Diskussion über die Novemberrevolution. Bis zum Anfang der Fünfzigerjahre war die Zeitgeschichtsforschung auf die marxistisch-leninistische Theorie festgelegt worden. Was nicht zuletzt hieß, die Forschung hatte ihren Beitrag zur Formulie-

20 Siehe Johannes Frakowiak: Soziale Demokratie als Ideal. Die Verfassungsdiskussionen nach 1918 und 1945, Köln-Weimar-Wien 2005.

21 Siehe Kolb, Die Arbeiterräte.

22 Siehe von Oertzen, Betriebsräte.

23 Siehe Heinrich August Winkler: Ein umstrittener Wendepunkt: Die Revolution von 1918/19 im Urteil der westdeutschen Geschichtswissenschaft, in: ders.: Weimar im Widerstreit, S.33-42, hier S.37.

rung und Propagierung ideologischer Doktrinen zu leisten. Diese Einengung schloss solide Untersuchungen über die Revolution, vor allem auf lokaler und regionaler Ebene, nicht aus. Diese wurden zumeist in den Fünfzigerjahren unter Anleitung und Kontrolle von Parteistatistiken in Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der Novemberrevolution erarbeitet. Es handelte sich dabei zumeist um quellenmäßig gut fundierte Arbeiten, von denen auch die westdeutsche Forschung profitierte. Meinungsstreit, allerdings unter dem abschirmenden Dach, das die Parteiobere errichteten, blieb aber nicht aus. Erinnert sei an die Auseinandersetzungen über den Charakter der Novemberrevolution. Galt diese unter den Kommunisten, aber auch anderen Sozialisten in der Weimarer Republik und bis in das erste Jahrzehnt der Nachkriegszeit als letztlich fehlgeschlagene sozialistische oder auch bloße bürgerliche Revolution, so legten Thesen der Parteiführung 1958 die Kompromissformel fest: Die Novemberrevolution war eine bürgerliche, mit teilweise proletarischen Mitteln durchgeführte Revolution.²⁴ An diese gewissermaßen kanonische Charakterbestimmung hatten sich alle, selbst der bekannte sowjetische Historiker Jakov Drabkin, zu halten.²⁵

Diese Diskussion mutet heute auf den ersten Blick skurril an. Sehen wir genauer hin, verrät der Streit um den Charakter der Revolution die Unsicherheit oder doch Unentschiedenheit bei der Beantwortung der Frage, wie stark der kommunistische respektive radikalsozialistische Faktor in der Revolution gewesen sei. Die Beantwortung dieser Frage war die Voraussetzung für die Bewertung der Perspektive und der Langzeitfolgen der Novemberrevolution. Die SED-Führung glaubte mit der Kompromissformel die Herrschaft der Arbeiterklasse, die sich in der Partei verkörpern sollte, historisch legitimieren zu können. Die kleinbürgerlich-demokratischen Kräfte – den Blockparteien wurde nun dieser Klasseninhalt zuerkannt – könnten dieser Führung vertrauen, auch aus den Lehren der Revolution heraus. Denn das wichtigste Ergebnis der Revolution sei in der Gründung der KPD zu sehen, ohne deren Kampf gegen Faschismus und Krieg die Gründung der DDR nicht möglich gewesen wäre. Die kleinbürgerlichen Kräfte könnten sich also der Führung der SED mit gutem Gewissen anvertrauen.

Für eine kurze Zeit schien der 1974 offiziell eingeführte Terminus „antiimperialistische Volksrevolution“²⁶ die Monotonie in der Forschungsdiskussion aufzubrechen. Es ist nicht wirklich geklärt, woher der Impuls für diesen Rückgriff auf

24 Die Novemberrevolution in Deutschland (Thesen anlässlich des 40. Jahrestages), Berlin 1958, S.34f. Anm. der Red.: Ausführlicher dazu siehe den nachfolgenden Beitrag von Mario Keffler.

25 Jakov Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968. Guten Bekannten Drabkins zufolge hatte dieser sinniert: Er sei eigentlich der Meinung gewesen, die Novemberrevolution müsste als gescheiterte sozialistische Revolution angesehen werden. Aber wenn die deutschen Genossen von einer bürgerlich-demokratischen Revolution sprechen, dann möge es so sein.

26 Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S.388.

den von Marx verwendeten Begriff kam. Konsequenzen, sprich mehr Freiraum für alternative Sichten, erwachsen daraus nicht, ein Begriff wurde gegen einen anderen ausgetauscht.²⁷

Anders als in der westdeutschen Forschung, wo mit dem Vormarsch der Sozialgeschichte in lokalen und regionalen Untersuchungen nicht selten grundsätzliche Fragen gestellt und oft auch beantwortet wurden, blieben die regionalgeschichtlichen Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Novemberrevolution brav auf der Parteilinie, dabei auch deren Windungen begleitend.²⁸ Die wichtigste Ursache dafür lag in der Anleitung und Kontrolle durch Institutionen der SED, besonders über die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung.²⁹ Die Gängelei wurde von professionellen und Laienhistorikern oft als lästig empfunden. Die Parteizugehörigkeit der meisten von ihnen wirkte jedoch disziplinierend, woraus oft eine Selbstdisziplinierung entstand, verbunden mit dem Gedanken: Vielleicht haben die Genossen da oben doch die größere Weisheit. Nicht selten spielte die Überlegung mit, durch einige Zugeständnisse kann ich die Substanz meiner Forschungen retten. Verbunden war ein solches Verhalten mit einem Sichanpassen an wissenschaftliche Hierarchien. Es war oft schwer, originelle Ideen gegen bekannte Wissenschaftler, nicht nur aus Parteinstitutionen, auch aus der Akademie und aus Universitäten zu behaupten. Die Vertreter der „niedereren Ebene“ und Seiteneinsteiger hatten nicht sehr gute Chancen gegen die „Platzhirsche“ und deren Klientel. So entstand eine Selbstgenügsamkeit, die bei nicht wenigen anhielt, als in den Achtzigerjahren der Spielraum größer wurde, größer vermutlich, als viele dachten.

Die letzte Überlegung soll durch einen Verweis auf Forschungen in der DDR zu den bürgerlichen Revolutionen³⁰ gestützt werden. Die wichtigsten Impulse gingen dafür von einem Leipziger Forschungszentrum, geleitet von Walter Markov und Manfred Kossok, aus. Markov darf wohl als bedeutendster Kopf der DDR-Geschichtswissenschaft und als eine der faszinierendsten Persönlichkeiten unter den deutschen Historikern des 20. Jahrhunderts angesehen werden. Als junger Wissenschaftler, der bei Arthur Rosenberg promoviert hatte, trat er nach(!) der Errichtung der NS-Herrschaft der KPD bei. Nachdem eine von ihm geleitete Widerstandsgruppe von der Gestapo aufgespürt worden war, musste er eine Zuchthausstrafe bis zur Befreiung 1945 in Einzelhaft abbüßen. Zunächst an der Universität Bonn als Wissenschaftler tätig, folgte er 1946 einem Ruf an die Uni-

27 So auch die Schlussfolgerung bei John, *Bild der Novemberrevolution*, S.78.

28 Forschungen zur Arbeiterbewegung bis zum Ersten Weltkrieg waren zumindest seit den Achtzigerjahren weniger Zwängen unterworfen.

29 Diese waren nach einer Weisung des Zentralkomitees der SED im Oktober 1951 gegründet worden. Siehe Werner Bramke: *Widerstandsforschung in der Regionalgeschichtsschreibung der DDR. Eine kritische Bilanz*, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hrsg.): *Sozialismus und Kommunismus im Wandel*. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S.451-466, hier S.455f.

30 Zum bürgerlichen Revolutions-Zyklus wurden in der DDR-Forschung die Revolutionen vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zum Ende des 19. Jahrhunderts gerechnet.

versität Leipzig, wo er sich nach der Berufung zum Professor der Französischen Revolution von 1789-1794 zuwandte.³¹ Das Thema ließ ihn zeitlebens nicht mehr los, aber als universell denkender Historiker schloss für ihn die Auseinandersetzung mit der großen Revolution der Franzosen die Beschäftigung mit der Geschichte der Revolutionen überhaupt ein. Für Markov waren es glückliche Umstände, dass er sich länger als ein Jahrzehnt mit dem Germanisten Hans Mayer, dem Philosophen Ernst Bloch und dem Romanisten Werner Krauss, alle drei international hoch geschätzte Wissenschaftler und Antifaschisten,³² austauschen konnte. Der ihm eigene weite Blick bestimmte später die Arbeiten des Zentrums für Revolutionsgeschichte. So konnte sich ein Arbeitskreis mit einem Klima entwickeln, das offen für Fragen und unorthodoxe Denkweisen war wie wohl kein anderes Forum der Gesellschaftswissenschaftler der DDR. Daran partizipierten Wissenschaftler des In- und Auslandes, die die Anregungen aufnahmen und ihrerseits Ideen einbrachten.

Die Diskussionen auf diesem Forum betrafen hauptsächlich die bürgerlichen Revolutionen seit dem Beginn der Neuzeit³³ und bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Es kamen aber auch Forscher, die sich mit Revolutionen im 20. Jahrhundert, vornehmlich mit denen in der „Dritten Welt“, befassten, zu Wort. Der sogenannte sozialistische Revolutionszyklus stand in den Achtzigerjahren mehrfach auf der Tagesordnung, doch wurde nie wirklich eine Brücke von den bürgerlichen zu den russischen Revolutionen geschlagen. Die deutsche Novemberrevolution blieb lange Zeit ganz ausgespart.

Ich hatte mich seit den Sechzigerjahren mehrfach bei meiner Beschäftigung mit dem Militarismus, mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und mit der Sozialgeschichte der deutschen Mittelschichten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der Novemberrevolution und deren Folgen herumgeschlagen. Eine erste Publikation zu dieser Revolution erschien jedoch erst 1983.³⁴ Hierbei handelte es sich aber um einen bestimmten Aspekt des Revolutionsgeschehens. Eine grundsätzliche Bewertung erlaubte ich mir erst fünf Jahre später in dem bereits erwähnten, zusammen mit Ulrich Heß verfassten, Aufsatz.³⁵ Unzufrieden mit

31 Siehe Walter Markov: *Zwiesprache mit dem Jahrhundert*. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin 1989, S.152-177.

32 Wenn heute von den großen Wissenschaftlern nach dem Kriegsende an der Leipziger Universität gesprochen wird, werden zuerst Ernst Bloch und Hans Mayer, mit gewissem Abstand Walter Markov und dann – wenn überhaupt – Werner Krauss genannt. Sehr zu Unrecht, denn Letzterer war ein international hoch geschätzter Romanist. Als Mitglied der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack war er zunächst zum Tode, dann zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden.

33 Das bedeutet seit dem 16. Jahrhundert, wobei der Bauernkrieg als Teil einer frühbürgerlichen Revolution einbezogen wurde.

34 Werner Bramke: *Zum Verhalten der Mittelschichten in der Novemberrevolution*, in: *ZfG* 31 (1983), H. 8, S.691-700.

35 Bramke/Heß, *Novemberrevolution*. Von U. Heß stammen die Passagen über die Entwicklung in Deutschland im Krieg.

den bisherigen Forschungen in der DDR über die Novemberrevolution, aber auch mit dem Bild in der westdeutschen Geschichtsschreibung seit Ende der Siebzigerjahre, erschien mir die von Manfred Kossok und Wolfgang Küttler aufgestellte These, es gebe „keine Modelle, sondern nur Wege von Revolutionen“³⁶ auch für das 20. Jahrhundert zutreffend zu sein. Daher ordnete ich die Revolution von 1918/19 keinem Zyklus zu, vermied den Vergleich mit der Oktoberrevolution in Russland, an der die deutsche Revolution in der DDR-Geschichtswissenschaft sonst gemessen wurde. Ich kennzeichnete die deutsche Novemberrevolution als einen „Versuch [...], eine Demokratie ganz neuen Typs zu schaffen“, der tiefe und lange Zeit nachwirkende Spuren hinterließ.³⁷ Damit grenzte ich mich auch von der seit den Achtzigerjahren in der BRD vorherrschenden Sicht ab, die einzig realistische Perspektive habe 1918/1919 in der Errichtung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie gelegen. Diese Sicht schien mir gleichfalls zu formelhaft, auf eine Lösung hin ausgerichtet. In ihr wurde nicht berücksichtigt, dass – wie es auch von den Zeitgenossen gesehen wurde – der Ausgang der Revolution über längere Zeit offen war. Auch fand in dieser Version von der historischen Aufgabe der ausgeprägte soziale Grundzug der Revolution kaum Beachtung.

Zu einer intensiven Diskussion über diesen Artikel kam es nicht mehr, kaum ein halbes Jahr nach dessen Erscheinen setzte mit den Auseinandersetzungen über die manipulierten Kommunalwahlen vom Mai 1989 die akute Finalkrise der DDR ein. Die „friedliche Revolution“ veränderte gründlich den Schauplatz deutsch-deutschen Geschichtsstreits mit dem gewissen Zwang des Aufeinanderreagierens.³⁸

Dabei hatten neue politische Unsicherheiten, auf die Rürup schon 1993 hinwies³⁹ und die seitdem beträchtlich größer geworden sind, und wissenschaftlich längst nicht schlüssig begründete Hypothesen genügend Anlässe für ein neues Bedenken früheren Streits über die Revolution von 1918/1919 geliefert.

Der Umsturz in der DDR erfolgte nach herrschender Meinung durch eine Revolution, eine friedliche zwar, aber immerhin durch eine Revolution. Das Chaos war ausgeblieben. Das widersprach dem Denken von der Unzweckmäßigkeit von Revolutionen in den modernen Industriegesellschaften.⁴⁰ Also hätte die Revolution von 1918/1919, die erste und bis 1989 einzige in einer modernen Industriegesellschaft, wieder auf den Prüfstand geschichtswissenschaftlicher Diskussion gestellt werden sollen. Gravierende politische Verunsicherungen, die dem Kol-

36 Manfred Kossok/Wolfgang Küttler: Die bürgerliche Revolution: Grundpositionen einer historisch-vergleichenden Analyse, in: Manfred Kossok (Hrsg.): Vergleichende Revolutionsgeschichte, Probleme der Theorie und Methode, Berlin 1988, S.1-114, hier S.9f.

37 Bramke/Heß, Novemberrevolution, S.1065.

38 Wobei der Zwang, auf westdeutsche Herausforderungen zu reagieren, in der DDR größer war als auf der anderen Seite.

39 Siehe Rürup, Revolution von 1918/19, S.20f.

40 Auch deshalb herrschen unter westdeutschen Historikern Unsicherheiten, ob man den Umbruch in der DDR als eine Revolution bezeichnen soll.

laps des sozialistischen Systems bald folgten, müssten für die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik, die sich nach dem faschistischen Desaster immer wieder mit Fragen und Mahnungen positiv in die Politik eingemischt hatte, herausfordern. Scheinbar gut bestellte Felder sind zu besichtigen und gegebenenfalls neu zu beackern. Die soziale Frage ist, was die wenigsten erwartet haben, wieder zu einer fast alle Politikbereiche bedrängenden Frage geworden. Die internationalen Konflikte sind heute weniger beherrschbar als zuzeiten des sich abschwächenden Kalten Krieges seit den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts. Das müsste herausfordern, Schnittpunkte der internationalen Geschichte, an denen Weichen für Langzeitentwicklungen gestellt wurden, erneut unter die Lupe zu nehmen, um – mehr kann wohl Geschichtswissenschaft nicht – die Politik auf Gefahren aufmerksam zu machen, wenn mögliche Alternativen unbeachtet bleiben. Die Revolution von 1918/1919 gehört zu solchen Schnittpunkten. Das würde freilich aufstörende Unruhe in die Historikerzunft bringen, in einer Zeit, wo der Satz „Dazu gibt es keine Alternative!“ zu einem beherrschenden Schlagwort geworden ist.

Solche positive Unruhe zu erzeugen wird vieler Anstöße bedürfen. Für 2008/2009 sind, neben den üblichen Jubiläums-Veranstaltungen, die besonders vom DGB getragen werden, auch einige größere wissenschaftliche Tagungen in Sicht. Von diesen könnten Impulse, zum Beispiel für neue regionale Untersuchungen, ausgehen. Mit der Darstellung zur Revolution von 1918/1919 in Leipzig wird das angestrebt. Hans Mommsen hatte 1993 gründliche Forschungen zum Verlauf von Emanzipationskämpfen im früheren Mitteldeutschland, heute Ostdeutschland, für wünschenswert gehalten, um die bisher an den Vorgängen in Berlin und in westdeutschen Regionen orientierte Sicht zu überprüfen.⁴¹ Dieser Anstoß hatte durchaus positive Folgen, die Revolution von 1918/1919 war dabei aber ein Randproblem.

Für Untersuchungen über den Verlauf im sächsischen Raum und speziell in Leipzig sollte die Zeit im Vorfeld der zu erwarteten wissenschaftlichen und publizistischen Aktivitäten zum demokratischen Aufbruch in der DDR 20 Jahre zuvor günstig sein. Nun könnte die Gelegenheit zum bisher fast ganz ausgebliebenen Vergleich beider Revolutionen am Schopfe gepackt werden. Dazu ist es für die Autoren der neuen Untersuchung zu Leipzig notwendig, das über Jahrzehnte in der Bundesrepublik nur wenig modifizierte Bild von der Revolution 1918/1919 mit Fragen zu versehen. Die Bilanz einer wissenschaftlichen Tagung über die Weimarer Republik im Jahre 2000 in Leipzig⁴² bot dafür erste Ansätze, aber nicht mehr. Fragen nach Alternativen in der Revolution und zum unglücklichen Verlauf der neuen Demokratie wurden gestellt, aber es wurden kaum neue Antworten auf alte Fragen gegeben. Die folgenden Ausführungen sollen zur Wiederaufnahme einer unterbrochenen Diskussion anregen.

41 Siehe Hans Mommsen: Einleitung zu Grebing/Mommsen/Rudolph, Demokratie und Emanzipation, S.13.

42 Siehe Winkler, Weimar im Widerstreit.

1. Der Streit um die Ausgestaltung der Demokratie 1918/1919

Demokratie oder bolschewistische Diktatur, man könnte auch formulieren: Sein oder Nichtsein, diese Alternative wird heute in der Forschung nicht mehr gesehen. Es herrscht Übereinstimmung darüber, die große Mehrheit der Bevölkerung wollte 1918 Frieden und – mit einigen Prozent Abstrichen – demokratische Verhältnisse. Ob aber die parlamentarische, repräsentative Demokratie das erstrebte und auch das beste Ziel gewesen sei, ist fraglich, zumindest aber nicht mit der Bestimmtheit zu behaupten, wie es heute geschieht. Die Bewährung dieses Typs der Demokratie in der deutschen und in der österreichischen Bundesrepublik, also in Ländern, die gleichermaßen von der Revolution nach dem Ersten Weltkrieg erschüttert wurden, kann nur bedingt als Beweis für die vermeintlich beste Lösung herangezogen werden. Die Ausgangssituation bei der Gründung dieser Republiken war eine ganz andere als die für die Geburt der Weimarer Republik in der Revolution von 1918/1919.

Am Ende des Ersten Weltkriegs befand sich der Kapitalismus in der schwersten Krise seit seinem Bestehen. Man darf wohl hinzufügen, spätere Krisen haben dieses Ausmaß nicht mehr erreicht. Auch die Sieger waren davon mehr oder minder betroffen, nicht nur schwache Mächte wie Italien. Das Bewusstsein, dass nicht nur die zu Schuldigen erklärten Mittelmächte für die entsetzlichen Zerstörungen und ungeheuren Menschenverluste verantwortlich gemacht werden sollten, beeinflusste das Denken vieler Menschen in den Sieger- und neutralen Ländern. Der Aufschwung der Befreiungsbewegung in den Kolonien hing mit diesem Denken zusammen. Die Furcht vor dem Bolschewismus in den westlichen Demokratien, für uns heute schwer verständlich, war nicht zuletzt eine Reaktion regierender Politik und von Meinungsmachern auf Krisenerscheinungen in den Demokratien. Und als gefährliche Krisenerscheinungen wurden von Friedens- und anderen demokratischen Bewegungen imperialistische Strömungen bei allen Großmächten vor dem und im Ersten Weltkrieg und auch bei den Friedensschlüssen zu Recht ausgemacht. Nicht zuletzt geriet das Weltwirtschaftssystem, das vor dem Krieg recht gut funktioniert hatte, durch diesen und durch die revolutionären Wirren danach arg und anhaltend durcheinander.

Revolutionen brechen zumeist spontan oder durch Erhebungen aus, in denen elementar gewonnene Erfahrung als Triebkraft wirkt. So sah es Hannah Arendt mit dem Blick auf die Amerikanische und die Französische Revolution von 1789.⁴³ Gerade das überraschende Moment stellt die Gegenrevolution oft vor unlösbare Probleme, auch wenn der Revolution eine längere Inkubationszeit vorausgegangen ist. Das gilt auch für die Novemberrevolution 1918. Da hatten seit spätestens dem Frühsommer 1918 die stellvertretenden Generalkommandos und zivile Behörden eine stark verbreitete Unzufriedenheit und sogar System-

43 Siehe Hannah Arendt: *Über die Revolution*, München-Zürich 2000, S.307; Oliver Marchart: *Die Welt und die Revolution*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 2006, Nr. 39, S.33-38, hier S.35.

verdrossenheit in bisher der Monarchie treuen Kreisen signalisiert.⁴⁴ Dennoch war der monarchistische Machtapparat wie gelähmt oder reagierte konfus, was ganz besonders für die viel gepriesene militärische Führung in Deutschland zutrifft. Die Untersuchung von Ernst-Heinrich Schmidt über das Heimatheer im November 1918⁴⁵ führt uns das unwiderlegbar vor Augen. Eigentlich hätten nach den Erfahrungen mit der russischen Revolution 1917/1918 die Oberste Heeresleitung und die stellvertretenden Generalkommandos auf die Revolution in deren Anfangsverlauf vorbereitet sein müssen. Immerhin waren spätestens mit der sich abzeichnenden Niederlage im Westen ab Anfang August die Anzeichen von Sympathien unter den Soldaten für Leninsche Losungen und die russische Rätebewegung erkennbar gewesen.

Der Hauptgrund für die hilflos machende Überraschung im Heeres- und Staatsapparat ist wohl in der Wucht und der Massenbeteiligung, mit welcher der Aufstand in Kiel einsetzte, und in der Geschwindigkeit, mit der sich die Revolution ausbreitete, zu sehen. Es dürfte kaum eine andere Revolution gegeben haben, die in der ersten Revolutionswoche von einer solchen Massenbewegung getragen wurde und so erfolgreich verlief wie die deutsche Revolution im November 1918. Es ist deshalb merkwürdig und spricht nicht von der Sachkenntnis Charles Tillys, wenn dieser in seinem hoch gelobten Buch über die europäischen Revolutionen⁴⁶ die deutsche Revolution von 1918/19 nicht einmal erwähnt. Ebenso wie die Masse der Aufständischen ist deren Entschlossenheit und zielsicheres Handeln gegenüber den alten Machtinhabern hervorzuheben. Und das, obwohl eine koordinierende Instanz fehlte, welche die regionalen Zentren verbinden konnte! Die Forderungen der Matrosen und Soldaten anderer Waffengattungen und der mit ihnen verbündeten Arbeiter waren einerseits auf das Nächstliegende gerichtet, auf die Freilassung der politischen Gefangenen, auf ein neues Verhältnis zwischen Soldaten und Offizieren sowie auf eine bessere Versorgung. Andererseits entstanden wie aus dem Nichts die Arbeiter- und Soldatenräte als neue Organe demokratischer Macht, wie es sie in einem Land der entwickelten Industriegesellschaft noch nicht gegeben hatte.

Diese Leistungen verdienen eine hohe Würdigung und können nicht nur als von temporärer Bedeutung abgetan werden. In gleichem Atemzug ist aber zu sagen, die sozialistische deutsche Arbeiterbewegung ging weitgehend unvorbereitet in diese Revolution, was auf unterschiedliche Weise für alle ihre Gruppierungen zutrifft. Dieser Feststellung widerspricht nur scheinbar das selbstbewusste und zumeist zielklare Agieren der Räte bis zum 9. November.

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte sich in einer autoritär regierten Gesellschaft als die demokratische Alternative herauskristallisiert und dabei vielfältige Formen der Selbstverteidigung entwickelt. Ihre Gliederungen, auch die auf der

44 Siehe Archivalische Forschungen, Bd. 4/IV, Berlin 1959, S.1540 f., 1552f., 1561f.

45 Ernst-Heinrich Schmidt: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärische Gewalt im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981.

46 Charles Tilly: Die europäischen Revolutionen, München 1999.

lokalen Ebene, mussten dabei oft selbstständig handeln, ohne die großen Zusammenhänge aus dem Blick zu verlieren. Durch ihre sich im Krieg rapide verschlechternde soziale Lage wurden sich die Arbeiter der sich wieder verschärfenden Klassenspannungen⁴⁷ deutlicher bewusst als ihre Führer, die sich Illusionen über ihren Einfluss auf staatliche Entscheidungen, etwa im Interfraktionellen Ausschuss, machten. In den großen Streiks im April 1917 und im Januar/Februar 1918 erlebten die Arbeiter nicht den Burgfrieden, sondern die Anzeichen eines Burgkrieges. Die Beteiligten der Ausstände sahen sich dabei von den Führungen der MSPD und den Gewerkschaften im Stich gelassen. All diese über eine lange Zeit gemachten Erfahrungen wirkten wie eine elementare Schulung, welche die Arbeiter in den Werken und in der Armee besser auf den großen Konflikt vorbereitete als die von der Wirklichkeit etwas abgehobene Führerschaft. Die elementar gewonnene revolutionäre Schulung im politischen Kampf ermöglichte es, den richtigen Zeitpunkt zum Aufstand zu erfassen und die Entwicklung bis zum 9. November voranzutreiben. Dann bedurfte es weiter reichender Perspektiven.

Die deutsche Sozialdemokratie verstand sich auch nach Friedrich Engels' Tod 1895 und bis zum Ersten Weltkrieg als sozialistische und letztlich auch revolutionäre Partei. Die Verweigerung voller politischer Rechte und die permanente Ausgrenzung in vielen Bereichen der Wilhelminischen Gesellschaft wirkten stärker als die Chancen für eine Integration. Es war der Klassenkampf von oben, der die Marxsche Lehre von der Unversöhnlichkeit der Gegensätze zwischen den beiden Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat weiter glaubhaft erscheinen ließ. Allerdings erwies sich Marx' Vorhersage über die Entwicklung hin zu einer Zweiklassengesellschaft als falsch. Auch innerhalb der Arbeiterklasse zeigten sich größere, die Klassengrenzen teilweise sprengende Differenzierungen. Die Schicht der Angestellten wuchs schneller als jede andere große soziale Gruppe und entsprach wenig einem neuen Proletariat. Das aber brachte die Theorie von der Unvermeidlichkeit der proletarischen Revolution ins Wanken. Eine Minderheit in der Sozialdemokratie um Eduard Bernstein erkannte diesen Zug der Zeit. Andererseits erwuchs mit dem Aufkommen des Imperialismus eine neue gesamtgesellschaftliche Bedrohung, was dank der bahnbrechenden Untersuchungen Rudolf Hilferdings⁴⁸ niemand deutlicher wahrnahm als die klassenkämpferische Arbeiterbewegung und revolutionäre Potentiale stärkte. So wurden sehr widersprüchliche neue Entwicklungen in der Sozialdemokratie zwar bemerkenswert klar gesehen, nicht aber zur Grundlage neuen strategischen Denkens gemacht. Der Sozialismus blieb das erklärte Ziel der Bewegung, im Tageskampf um die Verbesserung des täglichen Lebens diente diese immer wieder artikulierte Perspektive aber mehr zur Beruhigung, wenn nicht zur Erbauung, trotz der

47 Siehe Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918*, Frankfurt/Main 1988, S.173; Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, München 2003, S.6.

48 Rudolf Hilferdings „*Das Finanzkapital*“, 1910 erschienen, wurde zur wichtigsten Grundlage für Imperialismustheorien.

heftigen Attacken der Linken gegen diesen Kurs. Doch obwohl Letztere mit dem Eintreten für den politischen Massenstreik als elementares revolutionäres Kampfinstrument die Sozialdemokratie hindern wollten, zur bloßen Reformpartei zu werden, wussten auch sie keinen gangbaren Weg zur Revolution und auch nicht, wie der künftige sozialistische Staat aussehen sollte.

Auch keine sozialistische Partei außerhalb Deutschlands entwickelte ein in sich geschlossenes Konzept zur Verwirklichung der von Marx und Engels entworfene kommunistischen respektive sozialistischen Vision, was die Schwierigkeit, wahrscheinlich die Unmöglichkeit einer solchen Aufgabe verdeutlicht. Dort, wo dies – aber auch nur in Teilen – in Angriff genommen wurde, erwiesen sich die Konsequenzen als verhängnisvoll. Der Versuch der Bolschewiki, die Herrschaft der Arbeiterklasse nach einem vorbereiteten Rahmenprogramm in einem Land zu errichten, wo diese Klasse kaum zehn Prozent der Bevölkerung ausmachte, bedingte geradezu diktatorisches Regieren, aber nicht einer Klasse, sondern einer Partei, die dazu den nötigen Apparat aufbaute. Doch es verwundert, dass in der deutschen Arbeiterbewegung der Räte-Idee so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Immerhin hatte es schon in der Französischen Revolution von 1789-1794 und noch deutlicher in der Pariser Kommune Keimformen der Räte gegeben. Hannah Arendt wies darauf hin, dass Marx, zunächst von diesen Organen der Kommune überrascht, schnell deren Potenzen erfasste.⁴⁹ Sein mehr spontaner Hinweis auf die Kommune als neuen Staatstyp, als gewissermaßen die Urform der Diktatur des Proletariats,⁵⁰ wurde oft zitiert, aber nicht wirklich weiter verfolgt. Auch nicht von der Spartakusgruppe, die mit ihrer antimilitaristischen Agitation während des Krieges die sozialistische Revolution vorbereiten wollte. Sie folgte damit der Orientierung der Zweiten Internationale, beschlossen auf deren Stuttgarter Kongress von 1907, wenn ein imperialistischer Krieg ausbrechen sollte, dann müssten die Sozialisten auf dessen schnelle Beendigung hinarbeiten und die Voraussetzungen für den Sturz der Klassenherrschaft schaffen.⁵¹ Obwohl die Spartakusgruppe als einzige der sozialistischen Gruppierungen eine gezielte revolutionäre Propaganda betrieben und damit, vor allem dank der Popularität Karl Liebknechts, auch Wirkung erzielt hatte, besaß sie keine Chance, die Führung der Revolution zu übernehmen oder auch nur deren Verlauf nachhaltig zu beeinflussen. Die Führungsrolle konnten nur die Mehrheitssozialisten ausüben, nicht allein wegen der zahlenmäßigen Mehrheit. Sie waren von den drei sozialistischen Gruppierungen, die aus der alten Sozialdemokratie hervorgegangen waren, am wenigsten von inneren Auseinandersetzungen betroffen und verfügten, was wohl am meisten ausmachte, über den größten Anteil am alten Parteipparat. Die deutsche Sozialdemokratie hatte ihre imponierende Stärke ganz wesentlich ihrem vorzüglichen Organisationswesen zu verdanken. Davon

49 Siehe Arendt, *Über die Revolution*, S.318-330.

50 Siehe Karl Marx: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 17, Berlin 1962, S.313-362, hier S.362.

51 Siehe Internationaler sozialistischer Arbeiter- und Gewerkschaftskongress. Protokoll 1907, S.41.

profitierte nun die MSPD und ganz besonders ihr Vorsitzender Friedrich Ebert, der den Apparat beherrschte. Diesen Vorteil der MSPD konnte die USPD, die bei der Parteispaltung 1917 nur in einigen Regionen, darunter die Leipziger, die deutliche Mehrheit und damit auch den Apparat gewonnen hatte, trotz starkem Wachsen der Mitgliederzahl, nicht wettmachen. Außerdem differierten in ihrer Führung die Ansichten über den einzuschlagenden Kurs weit mehr, als dies bei der MSPD der Fall war.

So war die paradoxe Situation gegeben, dass eine sich kaum noch als revolutionär verstehende Partei die Führung in der Revolution übernehmen musste. Aus unserer heutigen Sicht gab es dazu kaum eine Alternative. Die Zeitgenossen hielten auch andere Optionen für möglich. Friedrich Ebert, ein Revolutionsführer ohne Neigung, aber aus machtpolitischem Kalkül, war sich seiner Sache keinesfalls immer sicher.

Die MSPD, darüber gibt es heute kaum Zweifel, arbeitete auf die Errichtung der parlamentarischen Republik, mit deutlichen sozialen Verbesserungen für die Arbeiterschaft, hin. Eberts zunächst tiefe Abneigung gegen die Revolution entsprang nicht monarchistischen Sympathien, sondern der Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme. Die Rätebewegung war für ihn und andere wichtige SPD-Führer eigentlich ein Störfaktor, was nicht ausschloss, dass sich die MSPD ihrer geschickt zu bedienen verstand. Und wie der Reichsräte-Kongress im Dezember 1918 bewies, gebrauchten die Mehrheitssozialdemokraten die Rätebewegung zu allererst dazu, dass diese sich selbst abschaffte.

Die Orientierung auf die demokratische Republik verband MSPD und USPD, jedenfalls was deren Mehrheit betraf. Hierbei spielte der Bezug auf einen Hinweis von Friedrich Engels eine nicht unwichtige Rolle. Dieser hatte in seiner Analyse des Erfurter Programms 1890 empfohlen, die Sozialdemokratie möge den Kampf um die demokratische Republik zu einer ihrer Leitlinien machen.⁵² Diese Empfehlung war nicht zuletzt den Bedingungen, mit denen es die Sozialisten in der damals noch stabilen Monarchie zu tun hatten, geschuldet gewesen, konnte aber in dieser allgemeinen Formulierung auch unterschiedlichen Sichten in einer Zeit gerecht werden, wo es schwer war, zum Kompromiss zu gelangen.

Friedrich Ebert und seine Vertrauten gaben ihre Politik als dem Sozialismus dienend oder direkt als sozialistisch aus. Es ist zu fragen, sprachen sie aus, ließen sie plakatieren, was sie wirklich erstrebten? Glaubten sie im Ernst daran, später, nach den Wirren der Revolution, mit einer Mehrheit in der Nationalversammlung ihre zeitweiligen Verbündeten und unverbesserliche Monarchisten wieder aus den Machtpositionen zu vertreiben, oder hofften sie tatsächlich auf deren Bekehrung zur Demokratie? Glaubten sie tatsächlich, ebenfalls später, wenn die Normalität des kapitalistischen Wirtschafts-Alltags eingetreten war, die Sozialisierung, sei es nur die von einigen Schlüsselbereichen, parlamentarisch dekedreditieren zu können? Wenn sie das wirklich glaubten, waren sie hoffnungslose Illusionis-

52 Siehe Heinrich Potthoff/Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, Bonn 2002, S.55f.

ten, also Fehlbesetzungen in ihren Positionen. Der Zeitraum für grundsätzliche Veränderungen im Prozess einer Revolution ist zumeist kurz, in der deutschen Revolution war dieser sehr kurz, spätestens Anfang Mai, vielleicht schon nach den Märzkämpfen 1919 abgeschlossen. Dennoch änderten die sozialdemokratischen Führer ihren Kurs nicht und hofften weiter. Oder, so drängt sich eine zweite Frage auf, täuschten diese Führer die Mitglieder ihrer Partei mit sozialistischen Losungen, weil sie ihre Anhänger und die Massen überhaupt für unreif hielten, sich in eine neue Situation hineinzudenken? Es wäre dann nicht die bloße Gier nach Macht gewesen; ein Vorwurf, den man den meisten sozialdemokratischen Führern in der Weimarer Republik wirklich nicht machen kann. Aber diese Täuschung wäre trotzdem nicht einfach als zweckdienliches taktisches Manöver, also als kleiner, aber noch erlaubter Machiavellismus zu interpretieren. Für eine große Partei mit großer Tradition muss eine solche Taktik, an einem historischen Wendepunkt praktiziert, wo nur Wahrheit der geschichtlichen Situation gerecht wird, verhängnisvolle, irreparable Folgen haben. Die SPD war gewiss die stabilste demokratische Partei in der Weimarer Demokratie, in ihrer republikanischen Gesinnung unanfechtbar, wie noch ihre Haltung bei der Abstimmung über Hitlers Ermächtigungsgesetz im März 1933 bewies. Das nimmt sie aber von einer grundsätzlichen kritischen Prüfung nicht aus.

Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten zählte nicht wenige hervorragende Intellektuelle zu ihrem Führungsstab, während unter ihren Mitgliedern der Arbeiter-Anteil noch größer als in der MSPD war. Die Unterschiedlichkeit der politischen Auffassungen rührt vor allem daher, dass sie sich als radikale Friedenspartei konstituiert hatte, wobei zunächst das Eintreten für einen sofortigen Frieden, nicht aber eine bestimmte Variante der Demokratie im Vordergrund stand. Mit dem Ausbruch der Revolution und mit dem Waffenstillstand am 11. November musste aber das strategische Ziel festgelegt werden. Der Kompromiss des dritten Weges, also Nationalversammlung mit dem Gegengewicht der Räte, war schon früh infrage gestellt worden, als es der USPD nicht gelungen war, die Wahlen zur Nationalversammlung so lange hinauszuschieben, bis durch die Räte entscheidende Maßnahmen der Umgestaltung, so die Sozialisierung wichtiger Wirtschaftszweige, auf den Weg gebracht worden seien. Das Konzept des dritten Weges wurde aber nicht nur von früheren Reformisten und Zentristen abgelehnt oder halbherzig vertreten, es entsprach auch nicht den Vorstellungen einer starken linken Minderheit mit Basen in Mitteldeutschland, Hamburg und dem Ruhrgebiet, die wie Spartakus und später die KPD ein Rätedeutschland anstrebten. Das Scheitern des Konzepts muss aber nicht dessen Illegitimität oder grundsätzliche Fehlkonstruktion beweisen.

Zu bedenken ist zunächst, dass die Revolution von der Arbeiterbewegung getragen und ganz überwiegend von Arbeitern ausgefochten worden ist. Nun ist es in Revolutionen meistens so, dass die Hauptakteure der Revolution von deren positiven Resultaten wenig abbekommen, nicht selten die Verlierer sind. In Deutschland gab es aber den besonderen Fall, dass die Arbeiterschaft die demokratische Republik gegen die in ihrer Mehrheit ablehnenden, distanzierenden oder

gleichgültigen bürgerlichen Schichten durchsetzte. Die Arbeiterräte, die nicht nur von Arbeitern der sozialen Herkunft nach besetzt werden mussten, hätten die von Anfang an bedrohte Republik schützen können. Berücksichtigen wir das internationale Umfeld, so wäre diesen Räten vermutlich keine dauerhafte Perspektive beschieden gewesen. Sie hätten aber bei längerem Bestehen als Organe der politischen Macht durch eine frühe Sozialisierung der Schwerindustrie und eine Bodenreform den unnatürlich großen Einfluss der Vertreter der Schwerindustrie und der Großagrarien auf die Politik verhindern können. Das hätte der Weimarer Demokratie eine ganz andere Chance als die gehabte eröffnet.

Die Sicht auf die radikale Linke (Spartakusgruppe, -bund/KPD und kleinere Gruppen) hat sich in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung im Fortgang der Forschungen über die Revolution versachlicht. Es ist kaum mehr die Rede von bolschewistischer Bedrohung, die Bezeichnung Spartakus-Aufstand für die Januarkämpfe wurde als Legende erkannt, partielles Lob wird den scharfsinnigen Analysen Rosa Luxemburgs und deren demokratischer Gesinnung und dem Mut Karl Liebknechts gezollt. Nur noch wenig bezweifelt wird, dass der Terror erst als „weißer Terror“, vor allem über die Freikorps, zum oft gebrauchten Mittel in politischen Auseinandersetzungen in Deutschland geworden ist.

Geblichen ist jedoch die vorherrschende Sicht auf die radikale Linke als die eines störenden oder destruktiven Faktors in der Revolution und später. Bisher wurde die Frage umgangen, ob die Linke nicht auch eine positiv aufstörende Rolle gespielt, Entwicklungen vorangetrieben hat. Ich verwies in diesem Zusammenhang auf den Antikriegskampf. Wenn akzeptiert wird, dass die radikale Linke in der Revolution nicht als terroristische Kraft aufgetreten ist, dann sollte unvoreingenommen untersucht werden, welche Faktoren ihre spätere überwiegend – aber nicht ausschließlich! – destruktive Haltung gegenüber der demokratischen Republik bewirkten. Dabei darf nicht ausgeblendet werden, dass es in der Frühzeit der NS-Diktatur, mit der noch frischen Erinnerung an die Weimarer Zeit, die Kommunisten waren, die zum Symbol des Widerstandes wurden, Solidarität gegenüber Nichtkommunisten übten. Ein solches Verhalten konnte nicht aus dem Nichts heraus geboren, ohne eine humanistische Tradition entstanden sein. Zu befürchten ist, es wird in Deutschland, anders als in anderen Ländern, noch viel Zeit vergehen, bis die Linke als legitime, unbequeme, aber vorantreibende Kraft gesehen wird, die in einer demokratischen Gesellschaft nicht einfach ausgegrenzt werden sollte.

2. Wer gegen wen?

Ein klarer Verlauf der Frontlinien war – anders als 1848/1849 – in der Anfangsperiode der Revolution und zumindest bis zum 24. Dezember für die Beteiligten nur schwer zu erkennen.

In der Revolution des 19. Jahrhunderts blieben die Grenzlinien zwischen den Demokraten und Liberalen auf der einen und ihren monarchistischen Gegnern auf der anderen Seite trotz aller Differenzen in beiden Lagern immer kenntlich. 1918/19 gab es nicht einfach zwei sich gegenüberstehende Lager. Die Gegner

der autoritären Herrschaft waren uneins darüber, gegen wen der Hauptstoß zu richten sei, während die Anhänger der Monarchie und Feinde eines jeden Sozialismus sich – jedenfalls was ihre führenden Kräfte betraf – relativ früh zum Kompromiss untereinander und mit einem Teil der Sozialisten zusammenfanden. Daraus resultierte zunächst die Ungewissheit, wer die Rolle als Hegemon in der Revolution erreichen und welche Bundesgenossen von diesem bevorzugt werden würden. Für die Führung der MSPD, die durch geschicktes und verdecktes Agieren bis zum 10. November die Hegemonie an sich gezogen hatte, gaben die Erfahrungen im Interfraktionellen Ausschuss den Ausschlag für die Wahl bevorzugter Partner. Dabei hätten diese Erfahrungen wenigstens ebenso sehr zur Warnung zur Distanz wie zur Kooperation Anlass geben sollen. Ein klares Ja zur Demokratie war nur bei den Linksliberalen erkennbar, was diesen einen zeitweilig starken Aufwind bescherte. Bei den Nationalliberalen und im Zentrum war eine solche Entscheidung umstritten. Sogenannte Vernunftrepublikaner, die sich nur mit Bedauern von der Monarchie verabschiedeten und Anhänger einer autoritär zu gestaltenden Staatsmacht zählten in diesen Parteien mindestens genauso viel Anhänger wie die erklärten Republikaner. Das Bedenklichste aber war bei den Rechtsliberalen und im Zentrum das überwiegende Vertrauen auf die militärische Führung. Die Spitzen dieser Parteien hätten eigentlich von dem sie überraschenden späten Eingeständnis des militärischen Desasters, das doch bereits am 8. August offensichtlich gewesen war, ernüchtert sein müssen. Sie sahen aber trotzdem das Heil Deutschlands, das sie mit ihren eigenen Interessen identifizierten, von einer herausgehobenen militärischen Führung in der deutschen Politik abhängen. Dazu trug die schon vor dem Krieg gepflegte und im Krieg intensivierte Zusammenarbeit von Großindustriellen und Großagrariern mit dem Militär entscheidend bei.⁵³ So wurde die Stellung der Sozialisten zum Militärproblem zur Entscheidungsfrage der Revolution.

In der wissenschaftlichen Literatur wird seit geraumer Zeit das Bündnis Eberts und der MSPD mit der Obersten Heeresleitung (OHL) als problematisch, in wichtigen Details kritisch, meist aber als alternativlos abgehandelt. Nur eine Minderheit hält die Kooperation mit der OHL und deren Nachfolge-Institutionen für verhängnisvoll und nicht zwingend notwendig. Für letztere Auffassung können gewichtige Gründe angeführt werden.

Den damals Verantwortlichen wird zunächst zugutegehalten, in einer Situation gehandelt zu haben, in der innere und äußere Bedrängnisse fast jeden Tag Entscheidungen von großer Tragweite erforderten, ohne dass deren Folgen bis in die letzte Konsequenz übersehen werden konnten. Dass die Zusammenarbeit mit der OHL und die Schaffung der Freikorps die Grundlagen für den Faschismus und dessen Aufstieg zur Macht initiierten, war auch beim Ende der Revolution im Frühjahr 1919 nicht abzusehen gewesen. Wohl aber hätte der Rat der Volksbeauftragten erkennen können, ja müssen, dass er mit der militärischen Führung

53 Siehe Arthur Rosenberg: *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt/Main 1955, S.99f.

höchstens einen bedingten Helfer auf Zeit fand, der in der SPD nie wirklich eine Verbündete, sondern ein Mittel zum Zweck sah. Kurzum, die Wandlung von einem Saulus zu einem Paulus, woran die MSPD-Führung offensichtlich glaubte, mutet seltsam an.

Für eine Partei, die sich intensiv mit der Geschichte auseinandersetzte und aus der Geschichte ihre Legitimation ableitete, hätte die Rolle des Militarismus in der deutschen Politik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mit ungebrochener Kontinuität bis zum Beginn der Novemberrevolution kein Buch mit sieben Siegeln sein dürfen. 1848/1849 Exekutor der Konterrevolution, im Kampf gegen die Pariser Kommune der eigentliche Scharfmacher, dem Bismarcks Politik noch zu lasch erschien, im Kampf gegen die Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg – immer drängte die militärische Führung auf drakonische Maßnahmen gegen demokratische Bestrebungen. Das Heer war die Hauptstütze der Monarchie, deren Exponenten sich 1916 in die direkte Abhängigkeit von der OHL begaben. Akzeptieren wir, dass es für die sozialdemokratische Führung aufgrund der internationalen Konstellation 1914 nicht einfach war, dem „Burgfrieden“ auszuweichen, so hätte sie sich nicht trügerischen Illusionen bezüglich ihrer neuen „Partner“ hingeben dürfen. Stattdessen hielt sie in einem falschen Patriotismus still und aufmüpfige regionale Leitungen, wie in Leipzig, an, mit Kritik an der imperialistischen Zielsetzung zurückhaltend zu sein. Schon Arthur Rosenberg verwies darauf, gerade diese Kritik wäre notwendig gewesen, damit die SPD als glaubwürdige demokratische Macht hätte Stärke zeigen können.⁵⁴ Endlich aufwachen hätte die Führung der nunmehr MSPD müssen, als die Marineleitung im Sommer 1917 die Matrosenproteste gegen die unzumutbare Behandlung durch die Offiziere mit brutaler Härte niederschlug und dabei wortbrüchig wurde. In der Forschung wird dieser Vorgang viel zu wenig beachtet. Die Hinrichtung von Albin Köbis und Max Reichpietsch, die alles andere als Revoluzzer waren, zeigte den Matrosen, der Marineleitung durfte man nicht vertrauen und nur von Macht zu Macht begegnen. Der Aufstand in Kiel und die schnelle Ausweitung der Revolution sind ohne diese Erfahrung nur schwer zu erklären. Nicht einmal der selbstmörderische Versuch der Marineleitung Ende Oktober 1918, die Flotte zu opfern, um das Ansehen der Marine und damit deren Position in künftiger Rüstungspolitik zu retten,⁵⁵ ließ Friedrich Ebert Abstand davon nehmen, am 10. November sich durch seine geheime Vereinbarung mit General Wilhelm Groener in die direkte Abhängigkeit von der OHL zu bringen. Gerade weil Groener, anders als viele andere Generale, berechenbar und auf seine Weise ein glaubwürdiger Mann war, wäre mindestens äußerste Vorsicht geboten gewesen. Denn selbst wenn Hindenburg und Groener von der Absicht der Marineleitung nicht bis ins Detail informiert gewesen sind (was bei der Kommando-Struktur denkbar war), so hätten sie in der Situation, in der sich Deutschland befand, entschieden

54 Siehe ebenda, S.76f.

55 Siehe Karl-Volker Neugebauer (Hrsg.): Grundkurs Militärgeschichte, Bd. 2, München 2007, S.72.

gegen den geplante Flottenvorstoß protestieren müssen. Stattdessen übten sie billigende Zurückhaltung. Sie zeigten unmissverständlich ihre ungebrochene Treue zur Monarchie und wollten nach deren Zusammenbruch das Heer als die wichtigste Institution der alten Zeit in die neue Zeit hinüberführen. Die MSPD und mit ihr der Rat der Volksbeauftragten befanden sich somit bereits im frühen Stadium der Revolution in teilweiser direkter Abhängigkeit von der monarchisch gesinnten Heeresführung.

Dabei hätte schon nach Ablauf der ersten Revolutionswoche der Rat der Volksbeauftragten, wenn er schon mit den Militärs bedingt kooperieren wollte, seine Bedingungen von einer Position der Stärke aus durchsetzen können. Das Heimatheer war nicht mehr in der Hand der zuständigen Generalkommandos, der preußische Kriegsminister konnte keine Befehle eigenmächtig erteilen, und das Feldheer war, wie in der OHL festgestellt werden musste, zur Verteidigung der Monarchie nicht bereit. Es war überhaupt im Innern nicht einsetzbar, wie sich spätestens am 24. Dezember in Berlin im Kampf mit der Volksmarinedivision zeigte, als die von der Front zurückgeführten Truppen unter dem Befehl des Generals Lequis beim Anrücken Tausender Demonstranten, darunter viele Frauen, auseinanderliefen.⁵⁶

Es hätte also die Chance bestanden, in Kürze neue Streitkräfte mit den Soldatenräten als oberste Kommando-Instanzen aufzubauen. Dagegen werden in der Literatur meist zwei Einwände vorgetragen: erstens der Zwang zu schnellem Handeln, um die Truppen in der von den Siegermächten verlangten relativ kurzen Frist zurückzuführen, wozu man die militärischen Fachleute benötigte; zweitens das Fehlen von genügend Freiwilligen für eine republikanische Truppe, die für die Sicherheit der neuen Macht die Gewähr bot.

Bei Ersterem zeigt sich der Mangel an Kenntnissen in der Militärgeschichte, der in den meisten Darstellungen über die Revolution zu erkennen ist. Logistische Unternehmen wie Aufmarsch und Rückführung werden von den militärischen Stäben in enger Zusammenarbeit mit zivilen Fachleuten vorbereitet und durchgeführt. Im Krieg waren für diese Zusammenarbeit enge Netzwerke entstanden. Die daran direkt beteiligten Militärfachleute waren zumeist Offiziere der unteren bis mittleren Ebene. Von diesen militärischen Fachleuten wären genügend zu gewinnen gewesen. Das Beispiel Österreich, dessen Lage mit der in Deutschland vergleichbar war, hat das bewiesen.⁵⁷ Nach einem zunächst chaotischen Beginn verlief die Rückführung nicht schlechter als in Deutschland.

Noch weniger stichhaltig ist der zweite Einwand. In diesem wird das Unbehagen mancher Autoren deutlich, zuzugeben, dass der Rat der Volksbeauftragten keine ernsthaften Anstalten machte, eine starke Volkswehr aufzubauen, um die OHL

56 Siehe Wolfgang zu Putlitz: *Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten*, Berlin 1964, S.13-16. Putlitz hatte als Leutnant der Garde-Ulanen am Kampf teilgenommen. Seine Schilderung entspricht den Darstellungen in der wissenschaftlichen Literatur.

57 Siehe Francis L. Carsten: *Revolution in Mitteleuropa 1918-1919*, Köln 1973, S.20-23.

nicht zu verprellen. Dafür gibt es eine drückende Beweislast.⁵⁸ Zwar trifft zu, dass bestimmte Aufrufe auf wenig Resonanz bei Arbeitern stießen, wofür es jedoch gute Gründe gab: Die Arbeiter, gerade auch militärisch ausgebildete und zurückgekehrte Frontsoldaten, hatten keine Lust, sich von den alten Offizieren und Unteroffizieren wieder schurigeln zu lassen. Das aber wäre geschehen, denn die OHL konnte ohne größeren Widerstand nach kurzzeitiger Verunsicherung durch die Soldatenräte bald wieder die Kommandogewalt der alten Offiziere durchsetzen. Die hinhaltende Taktik Friedrich Eberts spielte ihnen dabei in die Hände.⁵⁹ Dort wo es möglich war, unter dem Kommando der Soldatenräte Volkswehren zu bilden, geschah dies mit Erfolg, nicht nur in Österreich, wie die Beispiele München und auch Leipzig bewiesen.

Solche Wehren sicherten Ruhe und Ordnung, sie waren allerdings zu Operationen außerhalb der deutschen Grenzen kaum geeignet. Für solche gab es auch keine zwingende Notwendigkeit, da die Grenzen vorerst und bis zur Herstellung der vollen Souveränität Deutschlands durch die Siegermächte garantiert waren. Durchaus mögliche Übergriffe größeren Ausmaßes seitens polnischer Nationalisten lagen nicht im Interesse der Sieger, kleinere Grenzscharmützel hätten von demokratischen Wehren erfolgreich bestanden werden können. Diese Wehren hätten den Sockel des neuen Heeres auf der Grundlage des Versailler Vertrages bilden können. Doch genau das war von den Militärs und den alten Eliten nicht gewollt. Die neue Reichswehr sollte zum Kern eines späteren sogenannten Volksheeres werden, mit welchem wieder Großmachtpolitik zu betreiben war. Da störten von Arbeiter- und Soldatenräten geführte Milizen. Freikorps, aus der Konkursmasse des alten Heeres und mit jungen Freiwilligen gebildet, Einwohnerwehren und Grenzschutzformationen unter dem Kommando nationalistischer Offiziere sollten die Basis für die neue Wehr bilden. Die Politik des Rates der Volksbeauftragten lieferte dafür die Grundlagen.

Dabei wollten Ebert als faktischer erster Regierungschef und bald darauf als Reichspräsident sowie die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder gewiss nicht einer imperialistischen Politik auf lange Sicht den Weg bereiten.

Was aber wollte Ebert wirklich? Wie sollte nach den persönlichen Intentionen der drei den Rat der Volksbeauftragten dominierenden Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Landsberg die Perspektive Deutschlands gestaltet werden? Aus den bisherigen Forschungen treten nur eindeutig die klare Orientierung auf die parlamentarische Staatsform und die Abneigung gegenüber den Räten hervor. Aber der Weg dorthin hing entscheidend von den Partnern aus dem bürgerlichen Lager, mit denen man sich zusammentun musste, ab. Warum vertraute vor allem

58 Siehe Heinrich August Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924*, Berlin-Bonn 1984, S.70f. In Österreich gelang es, eine einsatzfähige Volkswehr zu schaffen. Siehe Detlef Lehnert: *Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft*, Stuttgart 1999, S.65.

59 Ebert gab dem Druck General Groeners nach, indem er den Beschluss des Reichsräte-Kongresses über die Hamburger Punkte zur Entmachtung der Offiziere hinhaltend behandelte. Siehe Carsten, *Revolution in Mitteleuropa*, S.58f.

Ebert, der eigentliche Weichensteller, den Militärs, nach all den Erfahrungen und obwohl er selbst, zumindest nach außen, eine ganz unmilitärische Persönlichkeit zu sein schien? War es sein Patriotismus, der selbst durch den Soldatentod zweier Söhne nicht erschüttert wurde und blind glauben ließ, seine Bindung an Deutschland sei die gleiche wie die der kaiserlichen Offiziere? Persönliche Aufzeichnungen darüber existieren nicht.⁶⁰ Schlussfolgerungen können wir nur aus Erinnerungen anderer an Gespräche mit ihm und aus den von ihm und von den anderen Mitgliedern des Rates getroffenen Entscheidungen ziehen. Die offiziellen Erklärungen geben wegen der sozialistischen Phraseologie nur bedingt Aufschluss. Sie bleiben zudem in militärischen Fragen bis zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufstellung von bewaffneten Formationen oder über die Kommandogewalt relativ unbestimmt.

Offenkundig fühlten sich Friedrich Ebert und seine Vertrauten so weit in die bürgerliche Gesellschaft integriert, dass für sie die Klassenbindung zweitrangig geworden war. Daher vertrauten sie auch mehr den Ordnungskräften des alten Staates als möglichen neuen aus ihrer eigenen Bewegung, der sie sich teilweise entfremdet hatten. Hierbei handelte es sich nicht nur um die Entfremdung, die sich mit der Herausbildung der drei Strömungen vor allem im Jahrzehnt vor dem Krieg und in diesem selbst eingestellt hatte. Auch die unterschiedlichen Erfahrungen von Parteiführern, die von der Regierungsbürokratie dringend gebraucht wurden, und von Arbeitern, die im Krieg trotz Burgfrieden die Klassenpolarisierung sehr deutlich spürten, schufen Spannungen, die durch die Anfangserfolge der Revolution zeitweilig überbrückt wurden. So blieb der Parteiführung nichts anderes übrig, als sich weiter sozialistischer Lösungen zu bedienen, was ihnen wiederum das Misstrauen der neuen Verbündeten eintrug. Das aber konnte nur durch Zugeständnisse an die militärische Führung abgebaut werden, die im eigenen Führungskreis Zweifel auslösten, zumal Ebert entscheidende Fragen aus eigener Machtvollkommenheit entschied und spätere Kritik daran harsch abwies. Sebastian Haffner zeichnete daher das Bild eines kleinbürgerlichen Politikers, der wie ein Handwerksmeister seine Gesellen anraunzt, gegenüber vornehmer Kundschaft aber verbindlich bis devot auftritt.⁶¹ Es sei dahingestellt, ob durch dieses treffend gezeichnete Erscheinungsbild (im wörtlichen Sinne) das Selbstverständnis Eberts als Politiker richtig wiedergegeben wird. Wahrscheinlich verstand er sich von dem Moment an, als er die Macht an sich gezogen hatte, als Sachwalter aller Deutschen und in diesem Sinne schon vor der Wahl zum Reichspräsidenten nicht mehr als erster Mann der Arbeiterbewegung, sondern als erster Bürger in Deutschland. Gerade dann ist aber danach zu fragen, ob er für diese selbst übernommene Verantwortung die Voraussetzungen mitbrachte. Zu solchen Voraussetzungen gehörten durchaus der Wille zur Macht und das Gespür für den Weg

60 Persönliche Aufzeichnungen und Briefe gingen im Zweiten Weltkrieg verloren. Es ist auch unsicher, ob solche Aufschluss gegeben hätten, weil sich Friedrich Ebert mit persönlichen Äußerungen zurückhielt.

61 Siehe Sebastian Haffner: *Die deutsche Revolution*, München 1991, S.83.

dahin. Wenn aber dabei die Perspektive unklar gesehen wurde und persönliche Animositäten, gar Hass eine wichtige Rolle spielten, dann handelte es sich um einen fehlgeleiteten Machtwillen.

Hass war in beiden Flügeln der Revolution von Anfang an da. Die Verletzungen im Richtungsstreit bis 1914 und verstärkt seit dem Ausbrechen der Minderheit der Sozialdemokratie aus der Burg eines nur scheinbaren inneren Friedens mussten die Handlungen der Repräsentanten der Flügel beeinflussen. Rosa Luxemburgs Attacken gegen die Führer des rechten Flügels, besonders gegen Scheidemann, lassen solchen Hass erkennen. Aber wie sollte es nicht zu Hassgefühlen kommen, wenn der Feind im Inneren – und diesen erkannte Rosa Luxemburg lange vor Ausbruch der Revolution sehr klar – brutal auf sie einschlug und dabei Unterstützung von ihren Gegnern, aber noch nicht direkten Feinden (!) in der Arbeiterbewegung erhielt?

Wenn wir verfolgen, wie mit diesem Hass in der Revolution umgegangen wurde, bleibt festzustellen, der Hass mündete bei Spartakus und dann in der KPD nicht in eine Gewaltpolitik, obwohl es dafür bei den Linksradikalen Befürworter gab. Man könnte jetzt aber sagen, für eine Gewaltpolitik ohne Wenn und Aber fehlten die Mittel. Was zutrifft, aber nicht aus der Welt schafft, dass die Führer des Spartakusbundes auf Überzeugungsarbeit und Massendemonstrationen setzten. Das hätten die Führer der MSPD wenn schon nicht würdigen, so doch bei langjähriger Kenntnis der ihnen Gegenüberstehenden in Rechnung stellen sollen. Es gab im Verlauf der Revolution mehrfach Möglichkeiten zur Deeskalation zur rechten Zeit, so am 24. Dezember 1918 und nach dem 4. Januar 1919. Diese wurden, da gibt es keinen Zweifel, bewusst nicht genutzt. Hassgefühle und eine falsche Beurteilung der seit dem Januar entfesselten Militärs leiteten weiter die Politik der mehrheitssozialistischen Führer. Die von der Soldateska verübten massenhaften Morde wurden offensichtlich als – wie heute gesagt werden würde – bedauerliche, aber nicht zu verhindernde „Kollateralschäden“ angesehen. Über die zweifelhafte Rolle, die sozialdemokratische Politiker im Zusammenhang mit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg spielten, hat Klaus Gietinger bisher nicht Widerlegtes geschrieben.⁶² Eine offizielle Verurteilung des unsäglichen „Vorwärts“-Beitrages,⁶³ durchaus als Mordhetze zu verstehen, blieb aus. Wenn es ein echtes Erschrecken nach Bekanntwerden der Morde gegeben hat, warum wurde dann nicht die gerichtliche Untersuchung der Vorgänge um den Mord der Führung der militärischen Formation, in der die Morde verübt wurden, aus der Hand genommen? Nach den Gräueltaten im März in Berlin wurden keine persönlichen Konsequenzen gezogen. Hauptverantwortliche wie Oberst Wilhelm Reinhard blieben im Dienst. Obwohl der zeitweilige Berliner Stadtkommandant, verantwortlich für die Erschießung der 29 Matrosen in den

62 Siehe Klaus Gietinger: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Berlin 1995, S.73-75, 107-109.

63 In einem „Gedicht“ hatte ein Artur Zickler im „Vorwärts“ am 13.1.1919 faktisch zum Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aufgerufen.

Märzkämpfen, als verbohrter Monarchist und rabiater Antisemit bekannt war, nannte ihn Friedrich Ebert einen „tüchtigen Offizier“⁶⁴.

Wenn wir annehmen, auch Ebert und seine Mitarbeiter litten an den Brutalitäten ihrer vermeintlichen Helfer und waren überzeugt: Wir müssen das grausige Zwischenspiel durchstehen, um die Republik in deren Geburtswehen nicht im Stich zu lassen, danach beginnt die eigentliche Aufbauarbeit – so erlagen sie einem Irrtum mit zwangsweise fatalen Folgen. Sie verbündeten sich nicht mit Resten einer geschlagenen Macht, sondern mit Kräften, die zeitweilig erschüttert, deren Grundlagen aber voll erhalten geblieben waren. Die ungesühnten Morde belasteten die Republik auf eine nicht zu überschätzende Weise. Bei Berücksichtigung des nationalistisch aufgeheizten Klimas erschienen die Mörder in patriotischen Kreisen – und dazu gehörten auch viele der „Vernunftrepublikaner“ – als Verteidiger des Vaterlandes. Das Militär, nun Reichswehr, wurde wieder zur Klammer der Nation, mit den Soldaten und Offizieren, die Verbrechen verübt hatten, aber als unbescholten gelten konnten, da sie nicht juristisch belangt worden waren. Das nach den Wahlen vom Januar 1919 scheinbar breite Bündnis der Republikaner konnte, ja musste unter diesen Bedingungen schnell bröckeln. Die lauen Republikaner auf der rechten Seite suchten, von taktischen Zwängen befreit, bald neue Bündnisse ohne Sozialdemokraten. In der Arbeiterbewegung links von der MSPD musste deren Politik abstoßend – hier im wertneutralen Sinne gemeint – wirken. Der starke Zustrom zur USPD seit dem Ende der Revolution war die Folge. Die Masse dieser zumeist Arbeiter kann nicht als der Demokratie feindlich eingestellt angesehen werden, sie erstrebten eine nicht rechtslastige Republik. Unter den Radikallinken in der USPD und in der KPD waren viele in ihrer Position nicht verfestigt. Aber die ungesühnten Morde, besonders an ihren großen Vorbildern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, erbitterten sie und entfremdeten sie dieser Republik.

Das Letztgenannte gilt auch für nicht wenige Demokraten aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen sowie aus intellektuellen Kreisen. Künstler und Publizisten wandten sich während der Weimarer Republik oft den Verbrechen und den Versäumnissen in der Revolution zu, dabei die SPD, sicher oft zuspitzend, doch selten grundlos, belastend. Bekannt geblieben sind die Dramen Ernst Tollers (besonders „Hoppla, wir leben“) und Bernhard Kellermanns Roman „Der 9. November“ sowie Kurt Tucholskys Glossen und Gedichte. Dessen bitter-ironische Sentenz „Die deutsche Revolution hat im Jahre 1918 im Saale stattgefunden“⁶⁵ wurde oft zitiert, allerdings zumeist ohne den Nachsatz: „Die Möglichkeiten, die trotzdem auf der Straße gelegen haben, sind von Ebert und den Seinen verraten worden“.⁶⁶ Weniger in der Erinnerung geblieben, aber damals

64 Otto-Ernst Schüddekopf: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Hannover-Frankfurt/Main 1955, S.17. Der damalige Stadtkommandant von Berlin Reinhard hatte die Erschießung der 29 Matrosen befohlen. Im Sommer 1919 bezeichnete er die Mitglieder der Regierung als „Lumpengesindel“.

65 Kurt Tucholsky: Deutschland, Deutschland – unter anderen, Berlin 1958, S.24.

66 Ebenda.

heftige Diskussionen auslösend, sind die Artikel und ein Bühnenstück Ehm Welks. Als einer der damals bekanntesten Publizisten ging er in den ersten Jahren der Weimarer Republik in der „Braunschweigischen Morgenzeitung“ und im angesehenen „Leipziger Tageblatt“ mit der Drohung von rechts ins Gericht.⁶⁷ Sein Drama „Gewitter über Gottland“ behandelt im historischen Gewand der Störtebeker-Sage die Probleme der Revolutionszeit. Die von Erwin Piscator inszenierte Berliner Aufführung löste 1927 den vielleicht größten Skandal in der Theaterszene der Weimarer Republik aus.⁶⁸ Aufschlussreich ist auch eine Äußerung Hermann Hesses. Er schrieb 1929 an den Verleger Heinrich Wiegand, er teile „doch ein klein wenig die kommunistische Aversion gegen die deutschen Menschewiki, die Patrioten anno 14 waren und Patrioten heute sind, die an der Revolution nicht teilgenommen haben, den Eisner wie den Liebknecht im Stich gelassen haben, aber als Erben auf deren Stühlen sitzen [...] Wenn schon Revolution und Machtkampf, dann auch durchführen und Ernst machen.“⁶⁹

Viele Künstler und Publizisten in der Weimarer Republik hatten ein Gespür für die politischen Probleme der Zeit und deren historische Wurzeln. Sie durchbrachen zeitweilig die kulturelle konservative Hegemonie. Das Nachdenken darüber blieb in der SPD aus. Solche Versäumnisse sollten den Historikern heute zu denken geben, wenn über die Revolution von 1918/1919 geschrieben und gesprochen wird.

3. Die internationale Dimension der Revolution

Der Erste Weltkrieg veränderte die internationalen Beziehungen von Grund auf. Das Ausscheiden der drei Hauptverlierer Deutschland, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich, alle drei autoritär regierte Staaten, als wichtige Mitspieler im Konzert der Großmächte bedeutete einerseits einen Triumph der westlichen Demokratien. Andererseits führten die durch den Krieg bedingte Verschiebung der Kräfte innerhalb der westlichen Mächte zugunsten der USA und die gleichzeitige Herausforderung durch das revolutionäre Russland zu einer irreparablen Störung des bisher leidlich ausbalancierten Gleichgewichts zwischen den Mächten. Daher mussten die verbliebenen Großmächte ein starkes Interesse am Gang der Revolution in Deutschland, einer immer noch potentiellen Großmacht, haben. Dieses Problem ist in der Revolutionsforschung bisher zumeist etwas einseitig, vor allem unter dem Gesichtspunkt behandelt worden, welchen Spielraum die Siegermächte dem Rat der Volksbeauftragten gewährten.

Auch die führenden Politiker des Westens trieb die Sorge um, Deutschland könnte von der russischen Revolutionswelle überrollt werden und damit außer Kontrolle geraten. Sie sahen im Rat der Volksbeauftragten einen in ihrem Sinne stabilisierenden Faktor, ohne allerdings dadurch zu Milderungen der Vertragsbedingungen für einen Friedensschluss veranlasst zu werden. Die Mehrheitssozial-

67 Siehe Konrad Reich: Ehm Welk. Stationen eines Lebens, Rostock 1977, S.69-74.

68 Siehe ebenda, S.148-172.

69 Zit. nach: Eike Middell: Hermann Hesse, Leipzig 1972, S.200.

demokraten setzten, um keine Irritationen bei den Siegermächten zu erwecken und aus ihrer antibolschewistischen Grundhaltung heraus, von Anfang an auf eine unzweideutige Westorientierung. Das war an sich konsequent. Dort jedoch, wo sie versuchten, die Westorientierung und die Annäherung an die militärische Führung in Deutschland zu verbinden, mussten sie in ein unauflösbares Dilemma geraten. Ein erster vorentscheidender Schritt auf diesem Weg noch während des Krieges war ihre Stimmenthaltung bei der Abstimmung über den Brester Frieden. Wenn nicht vorher die bereits genannten Faktoren, dann hätte dieser von deutscher Seite aus imperialistische Friedensvertrag die SPD-Führer von Bundesgenossen, die diesen Vertrag durchboxten, ein für alle Mal abhalten müssen. Für eine sozialdemokratische Partei war eigentlich nichts anderes denkbar als ein klares Nein. Bereits hier verloren Friedrich Ebert und seine Anhänger an Glaubwürdigkeit, und dieser Vertrauensverlust war nicht wiedergutzumachen. Gewiss war ihre Lage schwierig, innenpolitisch, aber auch bei Berücksichtigung der Tatsache, dass der Vertrag mit einer Regierung abgeschlossen wurde, die nicht lange davor die gewählte Volksvertretung, die Duma, davongejagt hatte. Aber stärker musste wiegen, dass sie einen Raub gigantischen Ausmaßes faktisch unterstützten. Nicht zu vergessen, die Politiker, die später in der Revolution die Regierungspolitik bestimmten, begaben sich früh ohne Not in eine Falle. Ihre Befangenheit gegenüber der Ordnungsmacht wurde zu einer Gefangenschaft. In diesem Zusammenhang ist eine Frage zu berühren, vor der die etablierte deutsche Historikerzunft ausweicht. Die meist verhaltene Kritik an der erwähnten Entscheidung oder am Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrussland hätte eigentlich zur Überlegung führen müssen, ob es nicht Alternativen in der Politik gegenüber Russland nach dem Ausbruch der Revolution in Deutschland gegeben habe. Selbst wenn im Rat der Volksbeauftragten geglaubt wurde, die Januarkämpfe seien ein Spartakisten-Putsch gewesen, so war nach diesen Kämpfen die Gefahr beseitigt. Dem Rat und den Militärs muss zudem klar gewesen sein, dass von Russland in den Wirren des Bürgerkrieges keine ernst zu nehmende Einmischung in Deutschland drohte. Vielmehr musste der Sowjetstaat an einem leidlich guten Verhältnis zu Deutschland interessiert sein. Dass Lenin eine solche Politik verfolgte, hatte er bewiesen. So wäre die Möglichkeit für mehrere Optionen gegeben gewesen. Die heutige deutsche Geschichtsschreibung berücksichtigt kaum die damals noch leidlich offene Situation, den Ausgang der Kämpfe in Russland betreffend. Der Sieger im Bürgerkrieg musste nicht zwangsläufig den Weg einschlagen, den er dann genommen hat. Wenn seit geraumer Zeit eingeschätzt wird, das Zurückweisen Maos und Ho Chi Minhs durch die USA habe erst die einseitige Festlegung Chinas und Nordvietnams auf einen prosovjatischen Weg unumkehrbar gemacht,⁷⁰ dann bietet sich eine vergleichbare Schlussfolgerung auch für Sowjetrussland an. Entkräften lässt sich eine solche Überlegung auch nicht durch den Einwand, der Rapallo-Vertrag habe den Stali-

70 Siehe Stephen Maxner: Die USA und Vietnam, in: APuZ, 2008, Nr. 27, S.25-32, hier S.26.

nismus nicht verhindert. Denn einmal war 1922 Lenin durch seine Krankheit als Führer der Sowjetunion faktisch ausgefallen, und die Strukturen der Herrschaft waren sehr wesentlich anders als die zu Anfang des Jahres 1919. Und nicht zu vergessen: Der jahrelange Bürgerkrieg, auch von den Gegnern der Bolschewiki mit großer Brutalität und mit Unterstützung der Westmächte geführt, hatte zur Barbarisierung der Herrschaft beigetragen.

Die Hypothese, die Siegermächte hätten kein Vertrauen zu den Räten als Machtinstitutionen im zivilen oder gar im militärischen Bereich gehabt, ist mehr vermutet als bewiesen. Der Rat der Volksbeauftragten wurde doch nicht deshalb von den Siegern als rechtmäßige deutsche Regierung akzeptiert, weil er sich auf geschulte hohe Berufsbeamte und Berufsoffiziere stützte, sondern weil er als demokratisches Organ aus dem Sturz der alten Ordnung hervorgegangen war. Was das alliierte Misstrauen gegen die Räte und besonders die Soldatenräte in den besetzten Gebieten betrifft, so ist nachgewiesen worden, dass es sich hierbei um suggerierte bzw. lancierte Meldungen aus dem Auswärtigen Amt handelte.⁷¹ Viel stärker als gewiss vorhandene Vorbehalte gegenüber Räten im militärischen Bereich wog in Frankreich und Großbritannien die tief verwurzelte Ablehnung des deutschen Militarismus. Darin waren sich die französischen und englischen Politiker einig, nicht nur während der Verhandlungen über den Versailler Vertrag. In Clemenceaus Erinnerungen⁷² wird das ebenso deutlich wie später in der Skepsis bis Ablehnung des militärischen Widerstandes gegen Hitler durch die britischen verantwortlichen Politiker. Für die Revolutionszeit gibt es jedenfalls keinen belastbaren Beleg für die Ablehnung eines Milizheeres mit Soldatenräten. Überhaupt ist die Zurückhaltung der Siegermächte, was die innerdeutschen Machtverhältnisse betraf, hervorzuheben. Deutschland wurde eben nicht mit Russland gleichgesetzt.

4. Vor einer neuen Sachlichkeit im Umgang mit der Literatur?

Bei einer Wiederbelebung der Revolutionsforschung wird vielleicht nach neuen Quellen gefragt werden. Das gilt nicht so sehr für die neuen Länder, wo zu DDR-Zeiten viel aus Quellen geschöpft wurde, woraus neue Interpretationen erwachsen können. Gemeint sind in erster Linie die heute polnischen, teilweise russischen Gebiete, also Ost- und Westpreußen, Schlesien und Hinterpommern. Die hier zu erschließenden Quellen könnten wichtige Aufschlüsse zur Formierung der Gegenrevolution, doch auch zum Verhalten der ländlichen und städtischen Mittelschichten liefern. Es sei hierzu nur eine These aufgestellt. In der Wahlforschung gilt eine große Kontinuität im Wählerverhalten von der Kaiserzeit bis zur späten Weimarer Republik für ausgemacht. Berücksichtigen wir die

71 Siehe Freya Eisner: Kurt Eisner. Die Politik des libertären Sozialismus, Frankfurt/Main 1979, S.95.

72 Georges Clemenceau: Größe und Tragik eines Sieges, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1930, Kap. 15, S.205-223. Clemenceau verliert kein Wort gegen die Räte. Dafür sind seine Ausführungen vom tiefen Misstrauen gegenüber der deutschen Militärpolitik und die den Militarismus stützenden Kräfte geprägt.

große Unzufriedenheit bei Kriegsende in den Mittelschichten, deren in der Revolution zunächst ausbleibende Unterstützung für die alte Macht, deren Exponenten sie bisher zumeist gewählt hatten, ergibt sich die Frage: Wäre bei einem anderen Verlauf der Revolution nicht ein Kontinuitätsbruch denkbar gewesen? Scheinbar lange Trends können auch über mögliche jähe Wendungen hinwegtäuschen.

Vielleicht noch wichtiger als das Stöbern in polnischen und russischen Archiven wird sein, das bisher über die Revolution Geschriebene unvoreingenommen zu visitieren. Über die meiste Zeit in der Spanne von 1919 bis heute haben die Autoren von einem deutlich erkennbaren politischen Standpunkt aus geschrieben. Das galt während der Weimarer Republik besonders für die Erinnerungsliteratur. Die akademisch etablierte Geschichtsschreibung hielt sich mit großen Versuchen über die Revolution zurück. Arthur Rosenbergs „Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik“ war ein Solitär. Im Autor erkennen wir die seltene Verbindung zeitweiligen Engagiertseins in herausgehobener politischer Position und danach die abgeklärte Sicht auf erlebte und mitgestaltete Geschichte. In der NS-Zeit dominierte die Sicht auf die „November-Verbrecher“, letztlich auch bei Historikern von Rang in kultivierter Version wie in der noch heute und übrigens auch in der DDR hoch gelobten Sächsischen Geschichte von Kötzschke/Kretzschmar.⁷³

Auf die Forschungsliteratur in der Zeit des Kalten Krieges und bis zur Vereinigung ist bereits oben eingegangen worden.

Es ist zu wünschen, dass in einer Wiederbelebung der Diskussion um die deutsche Revolution von 1918/1919, vielleicht schon auf Konferenzen und in Publikationen zur 90. Jahrgang 2008/2009, das Überlieferte an Literatur unbefangener als in den Jahrzehnten davor zu Rate gezogen wird. Das gilt aus meiner Sicht einmal für die Literatur über andere europäische Revolutionen des gleichen Zeitraums. Auch die politische Diskussion um das Europa von heute und morgen sollte dazu animieren. Bei deutschen Autoren ist eine nicht übersehbare Distanz zu diesen Revolutionen und zur Literatur darüber erkennbar. Die Vergleichsmöglichkeit bleibt dadurch eingeschränkt. Zum Beispiel fällt auf, wie wenig Francis L. Carstens vergleichende Betrachtung über die „Revolution in Mitteleuropa 1918-1919“⁷⁴ ausgebeutet wird, obwohl sich dessen Vergleich zum Verlauf in den deutschen Ländern und in Österreich als sehr produktiv erweist. Über die Gründe der Enthaltensamkeit soll hier nicht gemutmaßt werden. Auch dass die russische Revolution (richtiger: die drei russischen Revolutionen von 1905 bis 1917) sehr einseitig im Kontrastprogramm der Bedrohung erscheint, wird dem Zusammenhang, auch dem strukturellen Zusammenhang von deutscher und russischer Revolution nicht wirklich gerecht. Eine Fallstudie zur russischen Oktoberrevolution in dem Sammelband „Große Revolutionen der Geschichte“

73 Rudolf Kötzschke/Hellmut Kretzschmar: Sächsische Geschichte, Bd. 2, Dresden 1935. Diese Sicht gilt für die ganze Zeit der Weimarer Republik.

74 Siehe Carsten, Revolution in Mitteleuropa.

weist auf einen positiven Ansatz in dieser Richtung hin. In dieser ordnet Dietrich Beyrau die bolschewistische Revolution in den europäischen Kontext von der Französischen Revolution 1789 bis zur Zweiten Internationale ein,⁷⁵ was das Verständnis für die Umwälzungen in Russland bis 1921 fördert. Ein vergleichbarer Blickwinkel würde die Sicht auf die deutsche Revolution schärfen.

Neue Aufmerksamkeit verdienen auch die vielfältigen Erinnerungen. Sie wurden bisher in erster Linie in ihrem informativen Gehalt ausgeschöpft, was Sinn machte, um sich von subjektiven Positionen wie Animositäten der Autoren gegen ehemalige Konkurrenten nicht aufs Glatteis führen zu lassen. Aber es gab auch Selektionen, die dem subjektiven Standpunkt der Historiker geschuldet waren. Von solcher Selektion waren auch unverzichtbare Kronzeugen betroffen. Walter Oehme, ein bekannter Publizist, 1918 prominenter Soldatenrat im Ostheer, saß in den entscheidenden Tagen der Revolution im Vorzimmer Friedrich Eberts „Damals in der Reichskanzlei“,⁷⁶ Seine hochinteressanten Erinnerungen von 1958 wurden in der westdeutschen Literatur fast vollständig gemieden, doch auch in der DDR, wo sie erschienen, nur sehr sparsam genutzt. Gleiches lässt sich von den Erinnerungen von Wolfgang zu Putlitz sagen, der nicht nur über den Kampf am 24. Dezember 1918 als Teilnehmer berichtet, sondern auch sonst interessante Schilderungen über Offiziere und Adlige in der Revolutionszeit liefert.⁷⁷ Westdeutsche Historiker verhielten sich beiden Autoren gegenüber wie im Kalten Krieg üblich: Der ehemalige Sozialdemokrat Oehme und Kritiker des Ebert-Kurses wirkte als Störenfried. Bei Putlitz war es noch ärger. Dieser leistete – wohl als einziger deutscher Diplomat in gehobener Position – frühzeitig Widerstand gegen den Kriegskurs Hitler-Deutschlands, und zwar in Konspiration mit dem „Feind“ Großbritannien. Schlimmer noch, er ging nach einigen Irrfahrten nach dem Krieg in die DDR und äußerte sich kritisch über seine ehemaligen Kollegen, die ihre Karriere nun bruchlos in der BRD fortsetzten.

Wolfgang zu Putlitz' Erinnerungen sind zudem nicht als historische Erinnerungen in engerem Sinne, sondern als Erinnerungen eines an Abwechslungen reichen Lebens gedacht und der „schönen“ Literatur zuzurechnen. Die verhältnismäßig geringe Beachtung von Erinnerungsbüchern in der neueren deutschen Geschichtsschreibung hat mit einem gewissen Hochmut professioneller Historiker und mit dem literarischen Anspruch in Erinnerungsbüchern zu tun, was heißt, sie sind oft gut und leicht lesbar. Womit Historiker in unseren Ländern ihr Problem haben. Was den Abstand von DDR-Historikern zu den Erinnerungen von Oehme und Putlitz betrifft, so dürfte auch deren nicht unbedingt der Partei gemäße Diktion eine Rolle gespielt haben.

75 Siehe Dietrich Beyrau: Die bolschewistische Revolution 1917-1921, in: Peter Wende (Hrsg.): Große Revolutionen der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 2000, S.190-207.

76 Walter Oehme: Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19, Berlin 1958.

77 Siehe Putlitz, Unterwegs nach Deutschland.

Wenn Rürup 1993 zu Recht hervorgehoben hat, der Aufschwung der Revolutionsforschung in der BRD sei wesentlich der Hinwendung zur Sozialgeschichte zu verdanken gewesen und deren Bedrängnis durch konkurrierende Sichten habe das Bild der Revolution verblassen lassen, dann ist aber auch auf neue Chancen zu verweisen. Die Hinwendung zur kulturgeschichtlichen Sicht oder wenigstens deren Einbeziehung eröffnet eine solche Chance. Diese wird anderswo bereits gesehen. Im von Heiko Haumann herausgegebenen Sammelband „Die Russische Revolution 1917“⁷⁸ beziehen die Autoren, alle an der Universität Basel arbeitend, intensiv die sogenannte schöne Literatur ein. Der Herausgeber selbst zitiert in seinem Beitrag über die Ursachen der Revolution natürlich Gorkij, aber auch Čechov und Leo Tolstoj. Diese Autoren zeigten ein großes Gespür für heranreifende Konflikte und die dahinter liegenden Ursachen. Nach der Oktoberrevolution waren es wieder Künstler, die bald auf die Fehlentwicklungen verwiesen, erneut Gorkij, dann Pasternak und die eher als unpolitisch geltenden Paustovskij und Korolenko.

Wer sich mit der deutschen Revolution von 1918/1919 befasst, ist gut beraten, auf ein ebensolches Gespür bei deutschen Autoren zu achten, wofür oben Namen genannt wurden. Verfolgt man die künstlerische Widerspiegelung der Revolution auch in den Jahrzehnten nach dem Ereignis, vor allem in der Literatur, doch auch in der bildenden Kunst, so kann der Historiker etwas über die Langzeit- und Tiefenwirkung des Umbruchs erfahren. Mehr aber noch darüber, wie es die Historiker und die Politiker verstanden haben, etwas von dem Atem dieser Revolution zu erhalten. Dann wird auffallen, dass – obwohl die Gründer beider Staaten am Beginn einer neuen Zeit die intensive Auseinandersetzung mit den Ursprüngen der ersten Republik für wichtig gehalten haben – Künstler davon höchst selten inspiriert wurden. Was wenigstens den Historikern zu denken geben sollte.

78 Heiko Haumann (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917, Köln-Weimar-Wien 2007.